

**Mündliche Anfragen
gemäß § 47 der Geschäftsordnung
des Niedersächsischen Landtages**

Hannover, den 10.08.2016

1. Wird der Straßen- und Wegebau in Niedersachsen von der Landesregierung vernachlässigt?

Abgeordnete Reinhold Hilbers und Karl-Heinz Bley (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 8. August 2016 legte Wirtschafts- und Verkehrsminister Olaf Lies, MdL, den Straßenzustandsbericht Niedersachsen vor. Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* vom 9. August 2016 resümiert unter der Überschrift „Auf 1 330 km klaffen Löcher“: „1 330 km Landesstraßen in Niedersachsen sind im schlechten Zustand - rund ein Sechstel der 8 000 Straßenkilometer“.

Der Landesrechnungshof stellte in seinem Jahresbericht 2016 fest, dass es bei den Landesstraßen einen Erhaltungstau von 288 Millionen Euro gebe.

Nach Einschätzung von Experten sei die Situation bei den kommunalen Straßen sogar noch prekärer. Und das Problem werde durch die von Rot-Grün eingeleitete Umschichtung der GVFG-Mittel zugunsten des ÖPNV und Mittelentnahmen wie im laufenden Haushaltsjahr in Höhe von 15 Millionen Euro zugunsten der Landesstraßenbaumittel noch verschlimmert.

Im Haushaltsplan 2012 standen 74,1 Millionen Euro für den kommunalen Straßenbau, im Haushaltsplan 2016 stehen 25,3 Millionen Euro weniger, mithin 48,8 Millionen Euro für den kommunalen Straßenbau zur Verfügung. Gegenüber dem Ansatz im Jahr 2012 entspricht das einer Kürzung von über 34 %.

Dem Haushaltsplan 2016 ist zu entnehmen, dass der gesamte Mittelansatz für den ländlichen Wegebau im Zeitraum der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 10 Millionen Euro beträgt.

- 1. Werden die von der Landesregierung für den Landesstraßenbau eingeplanten Mittel in den kommenden Jahren ausreichen, um die 1 330 km als schlecht klassifizierter Landesstraßen in einen guten oder zumindest mittleren Zustand zu versetzen?**
- 2. Hält die Landesregierung die den Kommunen zur Verfügung stehenden Finanzmittel für den kommunalen Straßenbau für ausreichend?**
- 3. In welcher Höhe stehen Mittel für den ländlichen Wegebau im Jahr 2016 zur Verfügung?**

2. Zukunft der Zusammenarbeit von niedersächsischen und türkischen Hochschulen

Abgeordnete Dr. Gabriele Andretta, Michael Höntsch, Dr. Silke Lesemann, Bernd Lynack, Matthias Möhle, Dr. Christos Pantazis, Ulf Prange und Dr. Thela Wernstedt (SPD)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Beziehungen niedersächsischer Hochschulen zur Türkei zeichnen sich durch zahlreiche Kooperationen in der Forschung und einen intensiven Austausch von Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus. Die Hochschulen haben ein großes Interesse daran, den Austausch der Hochschulen beider Länder in Forschung und Lehre weiterhin zu ermöglichen und auch zukünftig gemeinsame Projekte durchzuführen (siehe beispielsweise den Bericht in *der Lüneburger Landeszeitung* vom 2. August 2016). Durch die aktuellen Entwicklungen die Eingriffe der türkischen Regierung in die Strukturen der Hochschulen und in die Wissenschaftsfreiheit wird dieses gefährdet.

1. **Welche Kooperationen zwischen niedersächsischen und türkischen Hochschulen gibt es derzeit?**
2. **Sind der Landesregierung bereits Auswirkungen bekannt, die beispielsweise Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende betreffen, und welche Kooperationen sind davon berührt?**
3. **Wie bewertet die Landesregierung die Situation, und welche Maßnahmen ergreift sie, um die Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Studierenden soweit wie möglich zu erhalten?**

3. **Angriffe auf Rettungskräfte**

Abgeordnete Meta Janssen-Kucz (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Laut einer Meldung auf NDR.de vom 18. Februar 2016 „haben gewalttätige Angriffe auf Einsatzkräfte im vergangenen Jahr in Niedersachsen stark zugenommen“. Rettungssanitäterinnen und -sanitäter, Notärztinnen und -ärzte und Feuerwehrleute seien beleidigt, bespuckt, geschlagen, getreten und mit Waffen bedroht worden. Anhand von Zahlen des Landeskriminalamtes ergebe sich ein Anstieg der Zahl der Angriffe von 100 in 2014 auf 150 in 2015 mit über 100 Verletzten.

1. **Wie viele Angriffe auf Rettungskräfte hat es jeweils in den Jahren 2008 bis 2015 in Niedersachsen gegeben?**
2. **Welche Möglichkeiten des Schutzes oder der Entschädigung der Rettungskräfte sieht die Landesregierung?**
3. **Wie werden solche Angriffe im Nachhinein mit den Geschädigten zwecks psychischer Bewältigung dieser Erfahrung oder mit Vorgesetzten oder Schulungspersonal zwecks Prävention aufgearbeitet?**

4. **Steuerentlastungen**

Abgeordnete Jörg Bode, Christian Grascha, Gabriela König und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Laut Berichten der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 9. August 2016, plant der Ministerpräsident, kleine und mittlere Einkommen in zweistelliger Milliardenhöhe zu entlasten. Dies würde zwangsläufig auch Mindereinnahmen für das Land Niedersachsen bedeuten.

1. **Ist die Landesregierung bereit, eine den Forderungen des Ministerpräsidenten entsprechende Vorlage im Bundesrat und damit auch nach dem Verteilungsschlüssel Steuermindereinnahmen mitzutragen?**
2. **Plant die Landesregierung eine entsprechende Bundesratsinitiative?**
3. **Wie sind die Entlastungspläne des Ministerpräsidenten konkret ausgestaltet?**

5. Antisemitismus-Vorwürfe gegen die HAWK - Wie geht Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajić damit um?

Abgeordneter Jörg Hillmer (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Zahlreiche Medien berichteten Anfang August 2016 über die Inhalte eines Seminars an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Hildesheim, in dem - so der Vorwurf - seit Jahren antisemitische Inhalte vermittelt worden sein sollen. Die *Jüdische Allgemeine* berichtete am 2. August 2016 in ihrer Onlineausgabe, das Ministerium für Wissenschaft und Kultur wolle die Antisemitismusvorwürfe durch einen externen Gutachter prüfen lassen. Wie die Zeitung berichtete, werde ein Wissenschaftler die Inhalte des Seminars „Die soziale Lage der Jugendlichen in Palästina“ im Einvernehmen mit der Hochschule untersuchen.

Die Tageszeitung *Die Welt* berichtete am 5. August 2016 über die im Seminarplan angegebenen Sitzungsthemen. Darin findet sich nach Angaben der *Welt* diese Beschreibung Israels: „Zunehmende Gewalt beim Militär, Selbstmorde, sexuelle Gewalt, Militarisierung der Gesellschaft ab Kindergartenalter, Vernachlässigung der sozial Schwachen und vermehrt tödliche Gewalt gegen israelische Frauen. Dies ist die lokale israelische Version einer entmenslichten Gesellschaft.“

In dem *Welt*-Artikel heißt es ferner: „Die Hochschule aber war seit Jahren gewarnt worden und unternahm nichts.“ Zweimal habe sich danach der Zentralrat der Juden wegen des Seminars an die Landesregierung gewandt. Erst nach dem zweiten Schreiben des Zentralrats, im Januar 2016, habe Wissenschaftsministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljajić die Hochschule um eine Stellungnahme gebeten.

- 1. Wann und auf welche Weise hat das Ministerium für Wissenschaft und Kultur davon Kenntnis erlangt, dass es Kritik an den Inhalten des genannten Seminars gibt, das an der HAWK Medienberichten zufolge seit 2006 angeboten wird?**
- 2. Zu welcher Einschätzung in Bezug auf das genannte Seminar war das Ministerium gelangt, bevor die Vorwürfe öffentlich wurden?**
- 3. Warum hat Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajić nicht auf das erste Schreiben des Zentralrats der Juden reagiert, und hat sie sich um Aufklärung des Vorgangs bemüht?**

6. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung zur Abarbeitung offener Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge?

Abgeordnete Filiz Polat und Benit Onay (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Vergleich zum Jahr 2015 haben in diesem Jahr weitaus weniger Menschen in Deutschland und Niedersachsen Zuflucht gesucht. Nichtsdestotrotz hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) immer noch nicht alle Personen, die 2015 eine Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende bzw. Asylsuchender erhalten haben, registrieren und ihre Asylanträge bearbeiten können. Zwar sind diese Personen bereits im EASY-System registriert, sie warten nach ihrer Verteilung auf die Bundesländer aber immer noch auf eine vollständige Registrierung durch das BAMF und die Bearbeitung ihres Asylantrags. Medienberichten zufolge schätzt das BAMF die Zahl der Nichtregistrierten, den sogenannten EASY-Gap, auf derzeit ca. 150 000 (*Süddeutsche Zeitung*, „Wie Flüchtlinge in Deutschland registriert werden“, 27. Juli 2016).

Für die betroffenen Personen ist diese lange Wartezeit auf eine Registrierung und einen Anhörungstermin beim BAMF eine zusätzliche Belastung. Nach den Strapazen der Flucht bleiben sie monatelang im Unklaren über ihren Status und ihre Zukunftsperspektiven. Diese Unsicherheit wiegt besonders schwer, wenn sich aufgrund der langen Wartezeit auch die Aussicht auf einen Familiennachzug verzögert. Auch als Landtagsabgeordnete erhalten wir immer wieder Bitten um Unterstützung von Betroffenen, die teilweise bis zum einem Jahr auf einen Anhörungstermin beim BAMF warten. Zudem variiert die Bearbeitungsdauer der Asylanträge in den einzelnen Erstaufnahmeein-

richtungen erheblich. Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an die Bundesregierung (BT-Drs. 18/8204) geht hervor, dass die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Bramsche 6,9 Monate, in Braunschweig 6,2 Monate, in Friedland 4,3 Monate, in Oldenburg 3,4, in Osnabrück 9,9 Monate und in Bad Fallingb. 2,1 Monate beträgt.

1. **Wie viele Personen in Niedersachsen warten noch auf die Registrierung ihres Asylantrags?**
2. **Wie viele Personen in Niedersachsen warten noch auf eine Terminierung zur Asylantragstellung?**
3. **Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um den EASY-Gap abzubauen und die Wartezeit auf die Asylantragstellung beim BAMF zu reduzieren?**

7. Flüchtlinge an niedersächsischen Schulen

Abgeordnete Björn Försterling, Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns, Christian Dürr, Christian Grascha, Gabriela König und Hillgriet Eilers (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Aktuell mehren sich Meldungen, dass Schulplätze für Flüchtlinge fehlen. Mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen rufen derzeit dazu auf, Flüchtlinge zu melden, die „auf ihre erste Schultüte warten“.

1. **Ab wann sind Flüchtlinge in Niedersachsen schulpflichtig?**
2. **Hat jeder Flüchtling einen Anspruch auf einen Schulplatz?**
3. **Gibt es an niedersächsischen Schulen Wartelisten oder ist bekannt, dass Schülerinnen und Schüler abgelehnt wurden?**

8. Radwegekonzept: Radwegplanung entlang einer nicht vorhandenen Autobahn

Abgeordnete Susanne Menge (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Aus dem aktuellen Radwegekonzept der Landesregierung geht hervor, dass der geplante Radweg entlang der L 114 (Geschäftsbereich Stade) in zwei Streckenbereiche unterteilt wird, und zwar in den ersten Elm–A 20 und den zweiten A 20–Estorf. Festzustellen ist, dass das Radwegekonzept von einem Ist-Zustand der A 20 ausgeht.

Wohl wissend, dass die Regionen die Radwege in der vorliegenden Planung gewünscht haben und diese auf hinteren Plätzen rangieren, könnte es - vor dem Hintergrund der Annahme Bau und Nicht-Bau der Autobahn - jeweils unterschiedliche Planungsentwürfe geben.

1. **Welche Planungen zum oben genannten Radweg liegen der Landesregierung vor, die auch einen Nicht-Bau der Autobahn berücksichtigen?**
2. **Falls Planungen vorliegen: Wurden diese den Regionen als Alternative zur oben genannten Planung vorgelegt?**
3. **Falls keine Planungen vorliegen: Welchen Zeitkorridor setzt sich die Landesregierung, um für den oben genannten Radweg Planungen auch ohne den Bau der A 20 zu erarbeiten?**

9. Investitionskosten im Klinikum Wolfenbüttel - Lässt die Landesregierung Wolfenbüttel im Stich?

Abgeordneter Frank Oesterhelweg (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Das Städtische Klinikum Wolfenbüttel wartet angesichts notwendiger Investitionen dringend auf verbindliche Finanzierungszusagen des Landes Niedersachsen. Das Land ist bekanntermaßen zuständig für die Investitionskosten in den niedersächsischen Krankenhäusern. Trotz der anstehenden Maßnahmen und der Vorarbeit des Klinikums gibt es keine verbindliche Aussage, wann die in Wolfenbüttel benötigten Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Für das Krankenhaus bedeute das nach Informationen aus Wolfenbüttel konkret, dass im Rahmen der Gesamtanierung noch eine große Baumaßnahme bevorstehe. Für diese sei Ende Juni 2016 bei der Oberfinanzdirektion (OFD) die mit der OFD abgestimmte „Haushaltsunterlage (HU) Bau“ zur endgültigen Prüfung und Weiterleitung an das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung eingereicht worden, man müsse aber auf die Aufnahme in das Investitionsprogramm 2016 für die Krankenhausfinanzierung noch hoffen. Der Neubau eines Zentral-OP sei aus hygienischen und technischen Gründen dringend erforderlich, die Grundsanierung der letzten Stationen solle den gleichen modernen Standard sichern, den man durch die letzten Grundsanierungen auf allen anderen Stationen bereits habe. Es sei absolut erforderlich, dass die Maßnahme bereits in den Investitionsplan 2016 aufgenommen werde, notfalls auch ohne eine erste Fördermittelbereitstellung mit dem Plansatz von 0 Euro. Man beabsichtige, die ohnehin aus Eigenmitteln zu finanzierenden Baumaßnahmen noch in diesem Jahr zu beginnen, um dadurch Baufreiheit für die neue OP-Abteilung herzustellen. Aus den bisherigen Gesprächen mit dem Ministerium sei vorgeklärt, dass sich das Land mit 9,8 Millionen Euro an der ca. 15 Millionen Euro teuren Maßnahme beteiligen wolle. Von den 9,8 Millionen Euro stammten 2,6 Millionen Euro aus der vorherigen Sanierungsmaßnahme, die dort nicht aufgebraucht wurden. Das Klinikum habe sich durch den Beschluss des Aufsichtsrates bereits dem Land gegenüber verpflichtet, sämtliche über die vorgesehene Förderung von 9,8 Millionen Euro hinausgehenden Baukosten aus Eigenmitteln zu finanzieren.

- 1. Steht das Land zu seiner Finanzierungszusage für das Klinikum Wolfenbüttel?**
- 2. Wird die betreffende Maßnahme in das Investitionsprogramm 2016 des Landes Niedersachsen aufgenommen?**
- 3. Wann erfolgt die noch ausstehende verbindliche Aussage zu 2.?**

10. Wie sind die Verbindungen der Martini-Stiftung zum Geozentrum Hannover?

Abgeordnete Miriam Staudte und Volker Bajus (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Nach Berichterstattung von NDR und SZ fördert die Hans-Joachim-Martini-Stiftung seit den 1980er-Jahren Forschungsprojekte, die in Verbindung mit dem Geozentrum Hannover stehen. Demnach verfüge die Stiftung über ein Stiftungsvermögen von rund 400 000 Euro, das auf Spenden von Unternehmen und Verbänden zurückginge.

- 1. Ist der Landesregierung bekannt, inwiefern Forschungsarbeiten des Geozentrums bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Geozentrums Zuwendungen der Martini-Stiftung erhalten haben? Wenn ja, bitte erläutern!**
- 2. Ist der Landesregierung bekannt, inwiefern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Geozentrums Funktionen der Martini-Stiftung innehaben bzw. anderweitig für die Stiftung tätig sind? Wenn ja, bitte erläutern!**
- 3. Müssen Zuwendungen privater Stiftungen an öffentliche Einrichtungen bzw. deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Stiftungsrecht angezeigt bzw. offengelegt werden?**

11. Berücksichtigt das Niedersächsische Hochschulgesetz die höchstrichterliche Rechtsprechung aus 2014?

Abgeordneter Jörg Hillmer (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Seit dem 1. Januar 2016 ist das novellierte Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) in Kraft. Mit dem Gesetz sollte u. a. ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 24. Juni 2014 (Az. 1 BvR 3217/07) zur Hochschulverfassung der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) umgesetzt werden.

- 1. Wurde der Beschluss des BVerfG mit der Gesetzesänderung vollumfänglich im NHG umgesetzt?**
- 2. Falls nein, welche Aspekte wurden nicht berücksichtigt, und was sind im Einzelnen die Gründe dafür?**
- 3. Falls zutreffend: Wann ist mit einer vollständigen Umsetzung zu rechnen?**

12. Freilassung eines Wolfswelpen in der Lüneburger Heide

Abgeordneter Ernst-Ingolf Angermann (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

In einer Pressemitteilung des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz vom 29. Juni 2016 wird berichtet, dass ein weiblicher Wolfswelpen, der am 20. Juni in der Lüneburger in schlechtem Zustand aufgefunden wurde, nach acht Tagen Pflege in der Wildtierauffangstation Soltau wieder freigelassen und dem Rudel zugeführt wurde. Nach Ansicht von Experten sei es für die Zukunft wichtig, Informationen über das Verhalten der Wölfe und deren Ursachen zu erforschen. Dazu gehören auch Ursachen, die sich gegebenenfalls durch Nahkontakte zwischen Menschen und Wolfswelpen während deren Pflege in der Prägungsphase der Tiere (zweite bis vierte Woche) ereigneten.

- 1. In welchem Rahmen und Umfang kam es zu Kontakten zwischen Menschen und dem Wolfswelpen vor und während seines Aufenthalts in der Wildtierauffangstation?**
- 2. Kann die Landesregierung eine „Prägung“ auf den Menschen angesichts der Mutmaßungen - „Fehlprägung“ von MT 6 - ausschließen?**
- 3. Wurde der weibliche Wolfswelpen vor seiner Freilassung gekennzeichnet, sodass bei möglichen späteren Nahbegegnungen mit Menschen eine Wiedererkennung möglich ist?**

13. Mit welcher Unterrichtsversorgung können Niedersachsens Schulen rechnen?

Abgeordnete Björn Thümler und Kai Seefried (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In der Pressekonferenz zum Schuljahresbeginn am 3. August 2016 hat Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) bekanntgegeben: „Nach den derzeitigen Auswertungen der Daten aus dem Planungsinstrument izn-Stabil-Prognose zum 1. August 2016 ist erkennbar, dass zu Beginn des Schuljahres 2016/2017 voraussichtlich mit einer landesweit durchschnittlichen Unterrichtsversorgung von rund 98 % zu rechnen ist.“

- 1. Welchen exakten Planungswert (mit Nachkommastellen) der Unterrichtsversorgung an allgemein bildenden Schulen für das Schuljahr 2016/2017 hat das Prognosemodul am 3. August 2016 ausgegeben?**

2. **Welcher Wert (in Prozent mit Nachkommastellen) wurde am 03.08.2016 laut Prognosemodul erreicht, wenn die noch unbesetzten Lehrerstellen nicht mit eingerechnet werden?**
3. **Welchen exakten Planungswert (mit Nachkommastellen) der Unterrichtsversorgung hat das Planungsmodul für das Schuljahr 2016/2017 für die verschiedenen Schulformen der allgemein bildenden Schulen am 3. August 2016 ausgegeben?**

14. Ist das Projekt „Geldverwaltung statt Ersatzfreiheitsstrafe“ gefährdet?

Abgeordneter Burkhard Jasper (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen hat darauf hingewiesen, dass das in der Straffälligenhilfe in Niedersachsen realisierte Projekt „Geldverwaltung statt Ersatzfreiheitsstrafe“ durch das auf Bundesebene geplante Neunte Gesetz zur Änderung des SGB II möglicherweise gefährdet sein könnte. Durch das Projekt seien allein 2015 insgesamt 26 810 Hafttage vermieden worden. Die positiven Auswirkungen für die Betroffenen und ihre Familien seien beträchtlich. Hinzu komme, dass die Staatsanwaltschaft 2015 Einnahmen in Höhe von 454 411 Euro erzielen konnte und Ausgaben in den Justizvollzugsanstalten verringert wurden.

Nach derzeitigem Stand könne durch die geplanten neuen Regelungen künftig der Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nicht mehr abgetreten, übertragen, verpfändet oder gepfändet werden. Erste Jobcenter in Niedersachsen akzeptierten bereits keine Abtretungs- und Teilabtretungserklärungen mehr, die über das geplante Inkrafttreten des Gesetzes hinausgingen.

1. **Wie beurteilt die Landesregierung das Projekt „Geldverwaltung statt Ersatzfreiheitsstrafe“?**
2. **Besteht aktuell Handlungsbedarf, um das Projekt nicht zu gefährden?**
3. **Wie wird sich die Landesregierung auf Bundesebene dazu positionieren?**

15. Dauerte die genetische Analyse des Wolfswelpen genauso lange wie die Untersuchung der Genproben nach Nutzierrissen?

Abgeordneter Ernst-Ingolf Angermann (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) hat in einer Pressemitteilung am 29. Juni 2016 mitgeteilt, dass in der Lüneburger Heide ein von einer Familie gefundener hilfloser Wolfswelpen am 28. Juni wieder zu seinem Rudel zurückgeführt worden sei. In der Mitteilung steht: „Das weibliche Tier war beim Auffinden in einem gesundheitlich schlechten Zustand und stark abgemagert. Es hat jetzt wenige Tage in der Wildtierauffangstation der Wildtierhilfe in Soltau verbracht und wurde dort gesund gepflegt. Der NLWKN hatte das Labor für Wildtiergenetik des Senckenberg-Instituts in Gelnhausen sofort um die Untersuchung einer Genetikprobe gebeten. Schnell stand fest, dass es sich tatsächlich um einen Wolfswelpen handelt; auch die Elterntiere sind bekannt. ‚Dies war natürlich die Voraussetzung für die Freilassung‘, heißt es aus dem Wolfsbüro.“

1. **Wie viele Tage vergingen zwischen der Entnahme der Genetikprobe bis zum Vorliegen des Ergebnisses beim NLWKN?**
2. **Wie lange dauert es im Durchschnitt, bis die Ergebnisse der genetischen Untersuchungen zum „Nachweis Wolf“ nach Nutzierrissen vorliegen?**
3. **Wie lange dauert es im Durchschnitt, bis die Ergebnisse tiefergehender genetischer Untersuchungen zum Nachweis der Abstammung vorliegen?**

16. Will die Landesregierung zusätzliche Stellen für die Polizei schaffen?

Abgeordnete Editha Lorberg, Thomas Adasch und Angelika Jahns (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In einem Interview mit der *Goslarschen Zeitung* vom 3. August 2016 sagte Innenminister Boris Pistorius, dass in Niedersachsen in den kommenden drei Jahren 600 zusätzliche Polizeikräfte eingestellt würden. Die Mittelfristige Planung für die Jahre 2015 bis 2019 der Landesregierung sieht bis zum Jahre 2019 hingegen keine Steigerung im Beschäftigungsvolumen im Einzelplan des Innenministeriums vor. Das Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten soll sogar sinken.

- 1. Plant die Landesregierung zusätzliche Stellen für Polizeiverwaltungsbeamte in den nächsten fünf Jahren? Wenn ja, wie viele, in welchem Jahr?**
- 2. Wie viele Polizeiverwaltungsbeamte werden bis zum Jahre 2019 voraussichtlich in den Ruhestand treten?**
- 3. Wie viele Anwärter plant die Landesregierung bis 2019 in den einzelnen Jahren in den Vorbereitungsdienst einzustellen?**

17. Wann wurde der Deutschsprachige Islamkreis Hildesheim bereits durchsucht, und wusste das Innenministerium davon?

Abgeordneter Jens Nacke (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die *Neue Presse (NP)* berichtet in ihrer Ausgabe vom 6. August 2016 („Rätsel um eine zweite Durchsuchung bei Salafisten“) über eine bereits Anfang des Jahres 2016 vorgenommene Durchsuchung des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim e. V. (DIK). Das Innenministerium war laut *NP* auf Nachfrage kurzfristig nicht in der Lage, hierzu eine Stellungnahme vorzunehmen.

Am 9. August 2016 schreibt die *NP* („Wirbel um fragwürdige Razzia“), dass bereits am 28. Oktober 2015 die Moschee mit einem richterlichen Beschluss durchsucht wurde. Dabei sollen 30 Polizisten eingesetzt worden sein, um vor allem Videoaufnahmen von einem Raubüberfall in der Nachbarschaft zu erhalten. Dabei soll auch ein Laptop beschlagnahmt worden sein. Der DIK wirft der Polizei vor, diese Durchsuchung zur Ausspähung der Moschee vorgenommen zu haben.

Am 27. Juli 2016 wurden die Räume des DIK erneut durchsucht. Innenminister Pistorius sagte laut einem Interview mit dem NDR am gleichen Tage, dass die Durchsuchung vorgezogen wurde, nachdem eine hannoversche Zeitung am gleichen Tage von einem drohenden Vereinsverbot berichtet habe.

In einem Interview mit dem NDR sagte Innenminister Pistorius in einem Bericht auf der Internetseite des NDR vom 28. Juli 2016: „Die Sicherheitsbehörden haben die Moschee schon seit 2013 im Auge. Seit den letzten Monaten haben sich die Ermittlungen verdichtet mit dem Ziel, ein Vereinsverbotsverfahren vorzubereiten. Und in den letzten Wochen hat sich verdichtet, dass wir jetzt zuschlagen können, dass wir jetzt den Versuch unternehmen können, geeignetes Beweismaterial festzustellen und sicherzustellen. Das ist dann am Montag mit einem Beschlussantrag an das Verwaltungsgericht gegangen. Gestern ist die Maßnahme gelaufen, leider erschien gestern Morgen ein Zeitungsartikel zu dem Thema, was die Maßnahme sicherlich nicht erleichtert hat. (...)“

Aber z. B. auch der Anruf bei der DIK durch die Zeitung ist natürlich entsprechend aufgescheucht worden. Und wir wissen natürlich nicht, welche genaue Wirkung das am Ende hatte.“ (Transkribiert nach: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Wir-werden-eine-Anzeige-gegen-unbekannt-stellen,salafisten342.html)

- 1. Wann und wie hat das Innenministerium von der Durchsuchung des DIK am 28. Oktober 2015 erfahren?**
- 2. War die Durchsuchung der Moschee am 28. Oktober 2015 mit dem Staatsschutz, der Polizei und dem Verfassungsschutz abgestimmt? Wenn nein, warum nicht?**

3. **Warum wollte das Innenministerium laut Presseberichten bis Mitte August mit einer Durchsuchung des DIK Hildesheim warten, obwohl bereits am 28. Oktober 2015 eine Durchsuchung der Moschee stattfand, am 29. März 2016 bei mehreren Mitgliedern des DIK eine Durchsuchung im Zusammenhang mit dem islamistischen Anschlag auf einen Sikh-Tempel in Essen stattfand, ein Beamter des Bundesamtes für Verfassungsschutz in der Vorwoche von einem „Hotspot“ der salafistischen Szene in Deutschland sprach und das Innenministerium bereits am 25. Juli 2016 einen entsprechenden Antrag beim Verwaltungsgericht gestellt hatte?**

18. **Wird das Land spezialisierte Psychologen für Gerichtsgutachten einstellen?**

Abgeordneter Lutz Winkelmann (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die *Neue Presse* berichtet am 14. Juli 2016 unter der Überschrift „Gerichte warten auf Gutachten“ über die lange Dauer der Erstellung von psychologischen Gutachten für Gerichtsverfahren. So kritisierte Frank Bornemann, der Vorsitzende des Niedersächsischen Richterbundes, dass die Gerichte zu lange auf psychologische Gutachten über Angeklagte oder Häftlinge warten müssten.

Die *Neue Presse* zitiert ihn mit der Aussage „Drei Monate ist schon schnell“ zur Wartezeit für Gutachten. Viele Sachverständige hätten einen vollen Terminkalender. Pro Gutachten lägen die Kosten häufig bei 2 000 bis 3 000 Euro. Der Niedersächsische Richterbund schlägt daher vor, dass das Land selbst Gutachter einstellen solle, weil dies auch finanziell auf Dauer günstiger sei. Herr Bornemann schlägt vor, man solle zunächst mit fünf eigenen Gutachtern im Landesdienst beginnen und diese bei Bedarf aufstocken. Ferner regt er an, die neue Dienststelle nicht in der Justiz anzusiedeln, sondern z. B. beim Landesgesundheitsamt.

1. **Wie lange dauert die Erstellung von psychologischen Gutachten über Angeklagte und Häftlinge in Gerichtsverfahren?**
2. **Fehlt es an Sachverständigen für psychologische Gutachten?**
3. **Wird die Landesregierung den Vorschlag des Niedersächsischen Richterbundes aufgreifen und umsetzen?**

19. **Was tut die Landesregierung zusätzlich, um die Sicherheit an den niedersächsischen Gerichten zu verbessern?**

Abgeordnete Mechthild Ross-Luttmann (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Bild Hannover berichtet am 23. Juni 2016 über einen „Wut-Brief“ an Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz. In diesem „Wut-Brief“ sollen die niedersächsischen Richter und Richterinnen ihrer Sorge um die Sicherheit an den Gerichten in Niedersachsen Ausdruck verliehen haben. Konkreter Anlass für diesen Brief soll ein Vorfall im Mai 2016 in Braunschweig gewesen sein. Wachtmeister sollen beim dortigen Sozialgericht einen 60-Jährigen abgefangen haben, der mit Schreckschussrevolver, Molotow-Cocktails, Stemmeisen und Messer in das Gericht wollte. *Bild* schreibt hierzu, es sei nur Zufall gewesen, dass er entdeckt wurde.

In dem Brief an die Ministerin soll der Niedersächsische Richterbund geschrieben haben, dass man sich gar nicht ausmalen möge, was hätte geschehen können. Der Richterbund fordert daher mehr Wachtmeisterstellen und ständige Einlasskontrollen an den Gerichten. Das Ministerium soll laut *Bild Zeitung* aktuell hierfür keinen Bedarf sehen.

Die *Braunschweiger Zeitung* berichtete am 2. Juli 2016 unter der Überschrift „Justiz bekommt 300 neue Stellen“ über Personalverstärkungen in der Justiz. Zusätzliche Wachtmeister für die Justiz werden hier jedoch nicht genannt.

1. Welche neuen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an niedersächsischen Gerichten sieht der Haushaltsentwurf für 2017/2018 der Landesregierung vor?
2. Wann werden Einlasskontrollen an den niedersächsischen Gerichten der Regelfall sein?
3. Wie hat die Justizministerin auf den „Wut-Brief“ des Richterbundes reagiert?

20. Wird die Landesregierung Probebohrungen für unkonventionelles Fracking in Niedersachsen zulassen?

Abgeordneter Thomas Adasch (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 24. Juni 2016 hat der Deutsche Bundestag das „Gesetz zur Änderung wasser- und naturschutzrechtlicher Vorschriften zur Untersagung und zur Risikominimierung bei den Verfahren der Fracking-Technologie“ beschlossen. Das Gesetz sieht bis 2021 vier Bohrungen zur wissenschaftlichen Erprobung unkonventionellen Frackings vor. In der Erdölzulieferindustrie in Celle als Zentrum der Bohrservicebranche in Deutschland besteht ein hohes Interesse an einer solchen Erprobung, um sich technologisch weiterzuentwickeln. Allerdings sind Probebohrungen nur dort möglich, wo die jeweils zuständige Landesregierung zustimmt.

1. Wie ist die Haltung der Landesregierung beim Thema „unkonventionelles Fracking“, und würde die Landesregierung einem Antrag auf Erprobung in Niedersachsen stattgeben?
2. Zieht die Landesregierung eine finanzielle Förderung von Probebohrungen in Erwägung?
3. Welche konkrete kurzfristige Unterstützung plant die Landesregierung für die in Celle ansässige Bohrindustrie?

21. Vereinbarung zur Ablagerung von Hafenschlick bei der Tonne E3 zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg (Teil 1)

Abgeordnete Astrid Vockert (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Das *Hamburger Abendblatt* berichtete in seiner Ausgabe vom 26. April 2016 in dem Artikel „Hamburg darf Baggergut in der Nordsee ablagern“ Folgendes: „Schleswig-Holsteins Umweltministerium hat grünes Licht für die Ablagerung von Baggergut aus dem Hamburger Hafen in der Nordsee gegeben. Zielgebiet ist das Schlickfallgebiet bei Tonne E3, rund 25 km nordwestlich der Insel Scharhörn. (...) Die Hamburg Port Authority hatte Ende Februar beantragt, in den kommenden fünf Jahren bis zu 10 Millionen m³ Baggergut verbringen zu dürfen. Das entspricht fünf Millionen t Trockensubstanz. Das Sediment soll zu einem Drittel aus den Landeshafengewässern stammen, zu zwei Dritteln aus dem Elbestrom. Die Zulassungen gelten bis Ende 2021. Seit 2008 durfte Hamburg bereits bis zu 6,5 Millionen m³ Sediment zur Tonne E3 bringen. Da diese Obergrenze aber nahezu ausgeschöpft ist, wurde eine Anschlusslösung gesucht.“

Experten befürchten durch diese Einigung der rot-grünen Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg einen Eintrag von belastetem Hafenschlick in das Gebiet des Nationalparks Wattenmeer. Dadurch könnten sich nach deren Einschätzung massive negative Auswirkungen auf Fauna und Flora des Wattenmeeres und nachfolgend auf die Fischerei sowie den Tourismus ergeben.

1. Wie bewertet die Landesregierung die getroffene Vereinbarung zur Verklappung von Hafenschlick bei der Tonne E3 zwischen den beiden Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg in Bezug auf die Auswirkungen auf das Ökosystem des Wattenmeers?

2. **Wie bewertet die Landesregierung die getroffene Vereinbarung zur Verklappung von Hafenschlick bei der Tonne E3 zwischen den beiden Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg in Bezug auf die Auswirkungen auf die Fischerei?**
3. **Wie bewertet die Landesregierung die getroffene Vereinbarung zur Verklappung von Hafenschlick bei der Tonne E3 zwischen den beiden Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg in Bezug auf die Auswirkungen auf den Tourismus?**

22. Vereinbarung zur Ablagerung von Hafenschlick bei der Tonne E3 zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg (Teil 2)

Abgeordnete Astrid Vockert (CDU)

Vorbemerkung der/des Abgeordneten

Das *Hamburger Abendblatt* berichtete in seiner Ausgabe vom 26. April 2016 in dem Artikel „Hamburg darf Baggergut in der Nordsee ablagern“ Folgendes: „Schleswig-Holsteins Umweltministerium hat grünes Licht für die Ablagerung von Baggergut aus dem Hamburger Hafen in der Nordsee gegeben. Zielgebiet ist das Schlickfallgebiet bei Tonne E3, rund 25 km nordwestlich der Insel Scharhörn. (...) Die Hamburg Port Authority hatte Ende Februar beantragt, in den kommenden fünf Jahren bis zu 10 Millionen m³ Baggergut verbringen zu dürfen. Das entspricht fünf Millionen t Trockensubstanz. Das Sediment soll zu einem Drittel aus den Landeshafengewässern stammen, zu zwei Dritteln aus dem Elbestrom. Die Zulassungen gelten bis Ende 2021. Seit 2008 durfte Hamburg bereits bis zu 6,5 Millionen m³ Sediment zur Tonne E3 bringen. Da diese Obergrenze aber nahezu ausgeschöpft ist, wurde eine Anschlusslösung gesucht.“

Experten befürchten durch diese Einigung der rot-grünen Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg einen Eintrag von belastetem Hafenschlick in das Gebiet des Nationalparks Wattenmeer. Dadurch könnten sich nach deren Einschätzung massive negative Auswirkungen auf Fauna und Flora des Wattenmeeres und nachfolgend auf die Fischerei sowie den Tourismus ergeben.

1. **Hat sich die Niedersächsische Landesregierung mit den Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg in Verbindung gesetzt, um die Umsetzung dieser Vereinbarung zu verhindern?**
2. **Wenn ja: wann und durch welche Maßnahmen?**
3. **Wenn nein: warum nicht?**

23. Hat das Land inzwischen zwei kosovarischen Familien aus Göttingen abgeschoben?

Abgeordnete Angelika Jahns, Editha Lorberg und Ansgar Focke (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 10. Februar 2016 scheiterte in Göttingen die Abschiebung von insgesamt 17 Personen aus zwei Familien in den Kosovo. Das *Göttinger Tageblatt* berichtete auf seiner Internetseite bereits am 10. Februar 2016, dass die Integration der beiden Familien nach Ansicht der Göttinger Stadtverwaltung auch nach über zwei Jahrzehnten nicht gelungen sei. Die Fragesteller reichten hierzu bereits eine schriftliche Anfrage ein. In der Antwort der Landesregierung vom 22. April 2016 war zu lesen, dass bislang keine der ausreisepflichtigen Personen Deutschland verlassen habe.

1. **Ist inzwischen die Abschiebung oder freiwillige Ausreise von Personen aus dieser Gruppe erfolgt?**
2. **Was haben das Land und die Stadt Göttingen unternommen, um die Ausreise oder Abschiebung dieser Personen zu erreichen?**
3. **Sind der Landesregierung oder der Stadt Göttingen die Aufenthaltsorte von Personen aus dieser Gruppe bekannt?**

24. Welchen Stand hat das Disziplinarverfahren gegen den ehemaligen Northeimer Landrat?

Abgeordneter Horst Schiesgeries (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 8. Juli 2015 berichtete die *Hessisch-Niedersächsisch Allgemeine Zeitung (HNA)*, dass der damalige Landrat des Landkreises Northeim, Michael Wickmann, aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand wolle und deswegen seine Versetzung in den Ruhestand beim Innenministerium beantragt habe. Dieses hat dem Antrag später stattgegeben. Inzwischen wurde bereits eine Nachfolgerin gewählt.

Zu dem bereits laufenden Disziplinarverfahren wegen des Vorwurfes der sexuellen Belästigung gegen den Landrat schrieb die *HNA*, dass dieses ungeachtet des Antrages auf Versetzung in den Ruhestand weiter lief. Laut *HNA* machte das Ministerium keine Angaben, wann es abgeschlossen werde.

Am 27. November 2015 berichtete die *HNA*, dass im Rahmen des Disziplinarverfahrens im Januar 2016 vier Zeugen im Innenministerium in Hannover befragt werden sollten. Auch in diesem Bericht machte das Innenministerium keine weiteren Angaben zum Fortgang des Verfahrens.

- 1. Ist das Disziplinarverfahren gegen den ehemaligen Landrat inzwischen abgeschlossen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?**
- 2. Gab oder gibt es strafrechtliche Ermittlungen oder Verfahren wegen sexueller Belästigung gegen den ehemaligen Landrat? Wenn ja, welchen Stand oder Abschluss haben diese?**
- 3. Konnten die Vorwürfe der sexuellen Belästigung gegen den Landrat in den Ermittlungen ausgeräumt werden?**

25. Begegnungsgleis zwischen Holzminden und Kreiensen

Abgeordneter Uwe Schünemann (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Zur Verbesserung der Verkehrsanbindung des Landkreises Holzminden wird für die Schienenstrecke in Richtung Hannover ein Einstundentakt angestrebt. Dafür ist ein Begegnungsgleis auf der eingleisigen Strecke zwischen Holzminden und Kreiensen zwingend notwendig. Die Landesnahverkehrsgesellschaft hatte in Aussicht gestellt, dass der günstigste Standort bereits bis Ende des letzten Jahres ermittelt werden könne. Dieser Zeitplan konnte nicht eingehalten werden, da zunächst die Auswirkungen einer entsprechenden Fahrplanänderung auf die Zugverbindungen in Richtung Paderborn und insbesondere auf den Knotenpunkt Ottbergen von der DB Netz untersucht werden müssten. Erst danach könne nach Angaben der Landesnahverkehrsgesellschaft entschieden werden, ob die Angebotsverbesserung überhaupt realistisch sei.

- 1. Teilt die Landesregierung die Einschätzung der Landesnahverkehrsgesellschaft, dass das Begegnungsgleis an der anspruchsvollen Fahrplangestaltung auf nordrheinwestfälischer Seite scheitern könnte?**
- 2. Wann liegen die Fahrplanuntersuchungen der DB Netz vor?**
- 3. Verfolgt die Landesregierung den Bau des Begegnungsgleises mit hoher Priorität, so dass die Finanzierung des Projektes im Haushalt abgesichert ist?**

26. Planstellenverteilung in der Landespolizei zum 1. Oktober 2016

Abgeordnete Helmut Dammann-Tamke und Kai Seefried (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In der niedersächsischen Landespolizei werden jedes Jahr zum 1. Oktober Planstellen verteilt. Hierzu war auch eine Landesprojektgruppe eingesetzt, deren Ergebnisse bislang nach unserer Erkenntnisse nicht umgesetzt wurden. Deshalb erhalten weiterhin die verschiedenen Polizeidirektionen eine Zuweisung des Personals nach einem prozentualen Schlüssel.

Das *Stader Tageblatt* berichtet in seiner Ausgabe vom 25. Juli 2016 über das Wahlprogramm der SPD in Stade. Das *Stader Tageblatt* schreibt: „Die Sozialdemokraten wollen dabei das Land für die Polizei und die Stadt für die Kommunalen Betriebe für ein sauberes Stadtbild in die Pflicht nehmen.“

1. **Nach welchem Schlüssel werden die Planstellen in der Polizei zum 1. Oktober 2016 zwischen den Polizeidirektionen verteilt?**
2. **Erhält die Polizeiinspektion Stade in absehbarer Zeit zusätzliches Personal, und wie viel Personal geht ab?**
3. **Welche Maßnahmen plant das Land, um die Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt Stade entsprechend den Vorstellungen der Sozialdemokraten der Stadt zu verbessern?**

27. Durchsuchung des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim (Teil 1)

Abgeordneter Bernd-Carsten Hiebing (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 27. Juli 2016 wurden die Räume des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim e. V. „DIK“ durchsucht. Innenminister Pistorius sagte in einem Interview mit dem NDR am gleichen Tage, dass die Durchsuchung vorgezogen wurde, nachdem eine hannoversche Zeitung am gleichen Tage von einem drohenden Vereinsverbot berichtet habe.

In einem Interview mit dem NDR sagte Innenminister Pistorius in einem Bericht auf der Internetseite des NDR vom 28. Juli 2016: „Die Sicherheitsbehörden haben die Moschee schon seit 2013 im Auge. Seit den letzten Monaten haben sich die Ermittlungen verdichtet mit dem Ziel, ein Vereinsverbotsverfahren vorzubereiten. Und in den letzten Wochen hat sich verdichtet, dass wir jetzt zuschlagen können, dass wir jetzt den Versuch unternehmen können, geeignetes Beweismaterial festzustellen und sicherzustellen. Das ist dann am Montag mit einem Beschlussantrag an das Verwaltungsgericht gegangen. Gestern ist die Maßnahme gelaufen, leider erschien gestern Morgen ein Zeitungsartikel zu dem Thema, was die Maßnahme sicherlich nicht erleichtert hat. (...)“

Aber z. B. auch der Anruf bei der DIK durch die Zeitung ist natürlich entsprechend aufgescheucht worden. Und wir wissen natürlich nicht, welche genaue Wirkung das am Ende hatte.“ (Wortwörtlich transkribiert nach: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Wir-werden-eine-Anzeige-gegen-unkannt-stellen,salafisten342.html)

In dem Interview kündigt er weiterhin die Erstattung einer Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Geheimnisverrats an.

In einem Beitrag des NDR-Magazins „Hallo Niedersachsen“ vom 28. Juli 2016 wird über die Durchsuchung mit Aufnahmen berichtet, in denen Polizeikräfte die Türen des Islamkreises mit Rammen öffnen und mit der Durchsuchung beginnen. Im gleichen Bericht werden Aufnahmen von Gesprächen mit Bewohnern des Viertels, in dem auch der Islamkreis beheimatet ist, gezeigt. Befragt wird dabei auch der SPD-Landtagsabgeordnete Lynack aus Hildesheim. Diese Aufnahmen wurden offensichtlich bereits vor der Durchsuchung gedreht.

1. **Warum wurde der DIK Hildesheim nicht bereits früher durchsucht, wenn nach Aussage des Innenministers bereits seit mehreren Wochen die Aussicht bestand, geeignetes Beweismaterial für ein Verbot sicherzustellen?**

2. In welchen Monaten sind seit 2013 wie viele Personen, die dem DIK Hildesheim angehören oder nahestehen, in die syrischen und irakischen Kriegsgebiete ausgereist?
3. Hält die Landesregierung an der Aussage des Koalitionsvertrages fest, dass keinesfalls Moscheen kontrolliert würden, und wie verträgt sich diese Festlegung mit der Durchsuchung?

28. Durchsuchung des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim (Teil 2)

Abgeordneter Bernd-Carsten Hiebing (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 27. Juli 2016 wurden die Räume des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim e. V. „DIK“ durchsucht. Innenminister Pistorius sagte in einem Interview mit dem NDR am gleichen Tage, dass die Durchsuchung vorgezogen wurde, nachdem eine hannoversche Zeitung am gleichen Tage von einem drohenden Vereinsverbot berichtet habe.

In einem Interview mit dem NDR sagte Innenminister Pistorius lauteinem Bericht auf der Internetseite des NDR vom 28. Juli 2016: „Die Sicherheitsbehörden haben die Moschee schon seit 2013 im Auge. Seit den letzten Monaten haben sich die Ermittlungen verdichtet mit dem Ziel, ein Vereinsverbotsverfahren vorzubereiten. Und in den letzten Wochen hat sich verdichtet, dass wir jetzt zuschlagen können, dass wir jetzt den Versuch unternehmen können, geeignetes Beweismaterial festzustellen und sicherzustellen. Das ist dann am Montag mit einem Beschlussantrag an das Verwaltungsgericht gegangen. Gestern ist die Maßnahme gelaufen, leider erschien gestern Morgen ein Zeitungsartikel zu dem Thema, was die Maßnahme sicherlich nicht erleichtert hat. (...)“

Aber z. B. auch der Anruf bei der DIK durch die Zeitung ist natürlich entsprechend aufgescheucht worden. Und wir wissen natürlich nicht, welche genaue Wirkung das am Ende hatte.“ (Wortwörtlich transkribiert nach: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Wir-werden-eine-Anzeige-gegen-unbekannt-stellen,salafisten342.html)

In dem Interview kündigt er weiterhin die Erstattung einer Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Geheimnisverrates an.

In einem Beitrag des NDR-Magazins „Hallo Niedersachsen“ vom 28. Juli 2016 wird über die Durchsuchung mit Aufnahmen berichtet, in denen Polizeikräfte die Türen des Islamkreises mit Rammen öffnen und mit der Durchsuchung beginnen. Im gleichen Bericht werden Aufnahmen von Gesprächen mit Bewohnern des Viertels, in dem auch der Islamkreis beheimatet ist, gezeigt. Befragt wird dabei auch der SPD-Landtagsabgeordnete Lynack aus Hildesheim. Diese Aufnahmen wurden offensichtlich bereits vor der Durchsuchung gedreht.

1. Haben die Landesregierung oder nachgeordnete Behörden mit Journalisten des NDR über eine bevorstehende Durchsuchung kommuniziert und dadurch ermöglicht, dass ein Team des NDR bereits den Beginn der Durchsuchung filmen konnte?
2. Gab es bereits vor dem Bericht der *Neuen Presse* über ein Verbot des DIK Hildesheim Kontakte zwischen Innenministerium (einschließlich Verfassungsschutz) oder Polizei zu Medien über den DIK Hildesheim? Wenn ja, von welcher Stelle, zu welchem Zeitpunkt und mit welcher Thematik?
3. Auf welcher Grundlage oder wessen Information sprach Innenminister Pistorius in dem Interview mit dem NDR von einem Anruf der Zeitung beim DIK, der diesen aufgescheucht habe? Gab es einen solchen Anruf?

29. Durchsuchung des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim (Teil 3)

Abgeordneter Ansgar-Bernhard Focke (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 27. Juli 2016 wurden die Räume des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim e. V. „DIK“ durchsucht. Innenminister Pistorius sagte in einem Interview mit dem NDR am gleichen Tage, dass die Durchsuchung vorgezogen wurde, nachdem eine hannoversche Zeitung am gleichen Tage von einem drohenden Vereinsverbot berichtet habe.

In einem Interview mit dem NDR sagte Innenminister Pistorius in einem Bericht auf der Internetseite des NDR vom 28. Juli 2016: „Die Sicherheitsbehörden haben die Moschee schon seit 2013 im Auge. Seit den letzten Monaten haben sich die Ermittlungen verdichtet mit dem Ziel, ein Vereinsverbotsverfahren vorzubereiten. Und in den letzten Wochen hat sich verdichtet, dass wir jetzt zuschlagen können, dass wir jetzt den Versuch unternehmen können, geeignetes Beweismaterial festzustellen und sicherzustellen. Das ist dann am Montag mit einem Beschlussantrag an das Verwaltungsgericht gegangen. Gestern ist die Maßnahme gelaufen, leider erschien gestern Morgen ein Zeitungsartikel zu dem Thema, was die Maßnahme sicherlich nicht erleichtert hat. (...)“

Aber z. B. auch der Anruf bei der DIK durch die Zeitung ist natürlich entsprechend aufgescheucht worden. Und wir wissen natürlich nicht, welche genaue Wirkung das am Ende hatte.“ (Wortwörtlich transkribiert nach: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Wir-werden-eine-Anzeige-gegen-unkannt-stellen,salafisten342.html)

In dem Interview kündigt er weiterhin die Erstattung einer Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Geheimnisverrats an.

In einem Beitrag des NDR-Magazins „Hallo Niedersachsen“ vom 28. Juli 2016 wird über die Durchsuchung mit Aufnahmen berichtet, in denen Polizeikräfte die Türen des Islamkreises mit Rammen öffnen und mit der Durchsuchung beginnen. Im gleichen Bericht werden Aufnahmen von Gesprächen mit Bewohnern des Viertels, in dem auch der Islamkreis beheimatet ist, gezeigt. Befragt wird dabei auch der SPD-Landtagsabgeordnete Lynack aus Hildesheim. Diese Aufnahmen wurden offensichtlich bereits vor der Durchsuchung gedreht.

- 1. Wurde der DIK Hildesheim nach der Veröffentlichung des Berichtes in der hannoverschen Zeitung observiert?**
- 2. Wurden nach dem Bericht in der Zeitung und vor der Durchsuchung Gegenstände aus den Räumen des DIK Hildesheim entfernt? Wenn ja, wohin?**
- 3. Warum sollte der DIK Hildesheim nicht bereits durch die Aussagen des Bundesamtes für Verfassungsschutz in dem Verwaltungsgerichtsverfahren wegen des Passenzuges gegen eines seiner Mitglieder vor einer Durchsuchung gewarnt worden sein?**

30. Datenspeicherungen durch den Verfassungsschutz - Wurden angeblich rechtswidrig gespeicherte Daten zu Personen inzwischen wieder gespeichert?

Abgeordnete Jens Nacke, Thomas Adasch, Editha Lorberg und Angelika Jahns (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Oktober 2013 setzte Innenminister Pistorius eine „Task Force“ zur Überprüfung des personenbezogenen Datenbestandes des niedersächsischen Verfassungsschutzes aus der Zeit vor dem Amtsantritt der Landesregierung Anfang 2013 ein. Im Mai 2014 legte diese ihren Bericht vor. Am folgenden Tag sagte Innenminister Pistorius in einer Regierungserklärung zu den Ergebnissen dieser „Task Force“ laut Plenarprotokoll vom 14. Mai 2014: „Im Phänomenbereich Islamismus hat die Task-Force die langjährige Speicherung von überschlägig knapp 100 Personen allein wegen regelmäßiger Besuche von Freitagsgebeten - und damit wegen verfassungsrechtlich geschützter Religionsausübung - in extremistisch beeinflussten Moscheen beanstandet.“

Am 20. Januar 2015 sagte Innenminister Pistorius zu den Datenspeicherungen im Verfassungsschutz: „Lassen Sie mich an dieser Stelle, weil es zweimal angesprochen wurde, ein Wort zu den Datenlöschungen beim Verfassungsschutz sagen. Wir haben es mit 1 422 zur Löschung empfohlenen Datensätzen zu tun, davon 980 im Bereich Islamismus und davon wiederum 550 beanstandete, die zu löschen wären. Nach einer vorläufigen Schätzung ist von den beanstandeten 550 Datensätzen ca. die Hälfte, also 275, dem sogenannten Salafismus zuzuordnen. Von diesen 275 Datensätzen wiederum betrafen ca. 200 die Fallkonstellation ‚Onlinestudierende der Islamschule Braunschweig‘. - Das ist der Stand der Dinge. Gelöscht ist noch gar nichts. Alle Datensätze sind vorhanden und gesperrt, meine Damen und Herren.“

1. **Zu wie vielen Personen deren Daten wegen regelmäßiger Besuche von Freitagsgebeten in salafistischen Moscheen laut Aussage des Innenministers rechtswidrig beim Verfassungsschutz gespeichert wurden, wurden inzwischen wieder Daten durch den Verfassungsschutz gespeichert?**
2. **Zu wie vielen der 200 Onlinestudierenden der Islamschule Braunschweig, deren Daten laut Aussage des Innenministers rechtswidrig beim Verfassungsschutz gespeichert wurden, wurden inzwischen wieder Daten durch den Verfassungsschutz gespeichert?**
3. **Sind Personen, die zu den 550 als rechtswidrig beanstandeten Datensätzen gehören, nach Syrien oder in den Irak ausgereist, um sich salafistischen Gruppen anzuschließen?**

31. Welche konkreten Maßnahmen kündigt Innenminister Pistorius mit seinem 10-Punkte-Papier an, um die Innere Sicherheit in Niedersachsen zu verbessern?

Abgeordnete Editha Lorberg, Angelika Jahns und Thomas Adasch (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Nachgang zu einem Termin mit dem SPD-Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel bei der Zentralen Polizeidirektion in Hannover am 4. August 2016 stellte der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius ein Diskussionspapier zur Innenpolitik mit 10 Punkten vor.

In dem Papier taucht allerdings das Wort Niedersachsen an keiner Stelle auf.

1. **Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung in der Folge der Anschläge von Würzburg und Ansbach, um die Innere Sicherheit in Niedersachsen zu verbessern?**
2. **Ist die Landesregierung weiterhin der Ansicht, dass die Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Einschränkungen polizeilicher Befugnisse noch in die Zeit passt?**
3. **Schließt die Landesregierung aus, im Falle einer schweren Bedrohungslage die Bundeswehr - z. B. die Feldjäger - zur Unterstützung der Polizei anzufordern. Wenn ja, warum?**

32. Wie viele Dienstfahrzeuge des Landes Niedersachsen sind von der „Dieselproblematik“ betroffen?

Abgeordneter Rudolf Götz (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 18. September 2015 wurde bekannt, dass die Motorsteuerungen von Dieselfahrzeugen des Volkswagenkonzerns teilweise eine Abschaltvorrichtung besitzen, um so Umweltstandards einzuhalten. Weltweit sollen ungefähr 11 Millionen Fahrzeuge hiervon betroffen sein. Das Land Niedersachsen ist nicht nur Anteilseigner der Volkswagen AG, sondern auch ein guter Kunde. So sind zahlreiche Dienstfahrzeuge des Landes beim VW-Konzern gebaut worden. Dies gilt insbesondere für die Polizei.

Nicht öffentlich bekannt ist, wie viele der Dienstfahrzeuge des Landes Niedersachsen von der sogenannten „Dieselproblematik“ betroffen sind.

1. **Hat die Landesregierung einen Überblick, wie viele Dienstfahrzeuge des Landes von dieser Problematik betroffen sind? Wenn ja, wie viele und welche Modelle?**
2. **Was hat die Landesregierung in Folge der „Dieselproblematik“ bislang veranlasst, um eine Nachrüstung der Fahrzeuge oder Rückabwicklung der Verträge zu erreichen?**
3. **Wie möchte die Landesregierung in Bezug auf die Dienstfahrzeuge des Landes und der „Dieselproblematik“ weiter verfahren?**

33. Welche Rolle spielen internationale Banden bei der Einbruchskriminalität in Niedersachsen?

Abgeordnete Rainer Fredermann und Thomas Adasch (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Einbruchskriminalität ist im Jahre 2015 nach der polizeilichen Kriminalitätsstatistik in Niedersachsen um 13,11 % gestiegen. Laut polizeilicher Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2015 beträgt der Anteil nicht deutscher Tatverdächtiger bei Wohnungseinbrüchen 34,73 %. Das Bundeskriminalamt führt den Anstieg der Einbruchskriminalität in erheblichem Maße auf internationale Banden zurück, z. B. aus Georgien.

Solche internationalen Banden sollen insbesondere in Gemeinden und Städten aktiv sein, die an oder in der Nähe von Autobahnen liegen. Die Städte Langenhagen, Burgwedel und die Gemeinde Isernhagen liegen unmittelbar an oder nahe der wichtigen Ost-Westverbindung Deutschlands, der A 2, und der wichtigen Nord-Südverbindung Deutschlands, der A 7. Die Bewohner dieser Kommunen beklagen in persönlichen Gesprächen eine außerordentlich hohe Belastung durch Einbrüche und führen dies auch auf die Lage an den genannten Autobahnen zurück.

1. **Wie hat sich die Einbruchskriminalität in den genannten drei Kommunen seit 2013 entwickelt?**
2. **Inwieweit können internationale Banden mit den in diesen Kommunen begangenen Taten verbunden werden?**
3. **Welche Zahlen liegen der Landesregierung über anhängige oder abgeschlossene Verfahren zu Einbrüchen in den genannten Kommunen bei Staatsanwaltschaft und Gerichten vor?**

34. Stimmt es, dass die Polizei in Niedersachsen ihr Pfefferspray wiegen muss?

Abgeordneter Rudolf Götz (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Der NDR berichtete am 26. Juli 2016 auf seiner Internetseite, dass die niedersächsische Polizei seit Kurzem vor und nach Einsätzen das Gewicht der Behälter wiegen solle, in denen sogenanntes Pfefferspray verwendet wird. Der stellvertretende Landesvorsitzende der deutschen Polizeigewerkschaft Alexander Zimbehl kritisierte im NDR diese Entscheidung deutlich. Er sieht hier das Ergebnis ständigen Misstrauens der Landesregierung und insbesondere der Grünen gegenüber der Polizei. Der NDR schreibt von der Vergrößerung des Verwaltungsaufwands und der bürokratischen Arbeitsbelastung der Polizisten.

In der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage verschiedener Mitglieder der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zum Pfefferspray-Einsatz in der Polizei (Drucksache 17/6110) wird diese Praxis des Wiegens nicht erwähnt.

1. **Wer hat wann welches Verfahren angeordnet, um in Niedersachsens Polizei Pfefferspray zu wiegen?**

2. **Wie reagiert die Landesregierung auf die Feststellung aus den Reihen der Politik, Polizei und Gewerkschaften, dieses sei Ausdruck von Misstrauen und verschärfe die Arbeitsbelastung weiter?**
 3. **Warum hat die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage in der Drucksache 17/6110 das Wiegen vom Pfefferspray nicht genannt?**
35. **Wie viele Polizisten in Niedersachsen bekommen Briefe von der SPD-Fraktionsvorsitzenden?**

Abgeordnete Angelika Jahns und Thomas Adasch (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 28. Juni 2016 schrieben die Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Johanna Modder, und der Innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Ulrich Watermann, einen Brief an eine unbekannte Anzahl von Empfängern in der niedersächsischen Polizei. In diesem Brief stellen die beiden Absender dar, dass sie fest an der Seite ihrer niedersächsischen Polizei stünden. Zur Begründung führen sie verschiedene Punkte an. Auf die vorhandene Kritik verschiedener Polizeigewerkschaften an der Landesregierung gehen sie hingegen nicht ein.

Der Brief wurde im Auftrag des Polizeipräsidenten Bernhard Witthaut am 1. Juli 2016 an die Leiter der Polizeiinspektionen und Polizeidirektionen Osnabrück zur Kenntnis geschickt. Zumindest teilweise wurde dieser Brief auch in den Dienststellen an jeden einzelnen Polizeibeamten per E-Mail verteilt.

1. **Wie viele Polizistinnen und Polizisten haben den Brief der SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden über ihre dienstlichen E-Mail-Adressen erhalten?**
 2. **Ist die Verteilung eines solchen Briefes mit den Grundsätzen des Berufsbeamtentums und insbesondere der politischen Neutralitätspflicht von Beamten zu vereinbaren?**
 3. **Ist die Landesregierung bereit, ähnliche Briefe von Fraktionsvorsitzenden anderer Landtagsfraktionen an den gleichen Verteilerkreis zu versenden?**
36. **Zivilklagen gegen Volkswagen wegen der „Dieselproblematik“**

Abgeordnete Mechthild Ross-Luttmann und Lutz Winkelmann (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Juli-Ausgabe der Zeitschrift *Finanztest* der Stiftung Warentest berichtet über eine Stiftung und einen Inkasso-Dienst, die gegen die Volkswagen AG Schadensersatzansprüche wegen der „Dieselproblematik“ durchsetzen wollen. So soll der amerikanische Anwalt Michael D. Hausfeld einen Inkasso-Dienst für Verbraucher initiiert haben. Ohne dass die Kunden eigene Kosten hätten, soll dieser Schadensersatzansprüche durchsetzen, von denen dann 35 % als Provision einbehalten würden. Die *Süddeutsche Zeitung* vom 26. Juli 2016 („Ich zeig’s euch“) berichtet, dass dieser amerikanische Anwalt das für VW zuständige Landgericht in Braunschweig mit zehntausenden Einzelklagen überschwemmen wolle, damit das Gericht die Klagen zu einem einzigen Sammelklage ähnlichen Verfahren bündeln müsse.

Weitere Anwaltskanzleien werben um Mandate von enttäuschten VW-Kunden.

Eine niederländische Stiftung möchte laut *Finanztest* eine Art Sammelklage in den Niederlanden nach dem niederländischen Gesetz über die kollektive Abwicklung von Massenschäden erreichen.

1. **Was weiß die Landesregierung über Versuche von Rechtsanwälten aus dem In- und Ausland, Schadensersatz von der Volkswagen AG einzuklagen?**
2. **Bereitet die Landesregierung die Verstärkung der betroffenen Gerichte bereits vor? Wenn ja, wie?**

3. Was hat die Landesregierung bislang für die von der Dieselproblematik betroffenen Kunden getan?

37. Ausbau der B 3 im Raum Buxtehude/Stade - Wie geht es weiter?

Abgeordnete Heiner Schönecke, Helmut Dammann-Tamke und Kai Seefried (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Zum Ausbau der B 3 (neu) 2. und 3. Bauabschnitt (BA) im Raum Buxtehude und Stade hat es in der regionalen Presse in den vergangenen Monaten eine umfangreiche Presseberichterstattung gegeben. „Land will Ortsumgehungen für Ovelgönne/Ketzendorf und Elstorf“ (31. Mai 2016), „CDU fürchtet Verkehrschaos in Ovelgönne“ (15. Juni 2016) und „Minister Lies hat den Spaten im Kofferraum“ (28. Juli 2016) sind nur einige der Überschriften aus dem *Stader/Buxtehuder Tageblatt*.

Am 28. Juli 2016 führt das *Stader/Buxtehuder Tageblatt* aus: „Lies sagte gegenüber dem *TAGEBLATT*, dass der Bau 2020 starten und 2022 die neue Straße fertiggestellt werden solle. Das sei zwar etwas zu spät, um zur geplanten Freigabe des Autobahn-Teilstücks zwischen Jork und Rübke 2021 fertig zu sein. ‚Aber wir bieten den Menschen eine Perspektive, dass es bald besser wird.‘ Zuständig für die Planung wird der Geschäftsbereich Stade des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr sein.“

Gleichzeitig hat die Landesregierung seit 2016 immer signalisiert, deutlich schneller agieren zu wollen, und stets deutlich gemacht, die entsprechenden Finanzmittel stünden zur Verfügung.

1. In welchem Umfang und ab wann wird es in der Landesstraßenbaubehörde (Geschäftsbereich Stade) angesichts der erheblichen Planungsarbeiten (u. a. A 20, A 26) eine Personalverstärkung geben?
2. Wann werden die möglichen Trassenvarianten im Bereich 2. BA der Öffentlichkeit vorgestellt?
3. Welche konkreten Maßnahmen sind seitens der Landesregierung angedacht, um die jetzt absehbaren Planungs- und Bauzeiträume zu verkürzen?

38. Warum hat der Landwirtschaftsminister dem Celler „Ausbildungsbetrieb des Jahres“ nicht zu seiner Auszeichnung gratuliert?

Abgeordnete Helmut Dammann-Tamke und Ernst-Ingolf Angermann (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Auf der Internetseite des Landvolkkreisverbands Mittelweser e. V. zieht Landwirt Christian Lohmeyer ein Fazit zum Deutschen Bauerntag, der in diesem Jahr in Hannover stattfand.

In dem Text steht u. a. Folgendes: „Kurzum: es ging um die Frage, ob eine familiäre Landwirtschaft in Deutschland noch eine Zukunft hat oder sich von der Überflusgesellschaft abschaffen lässt. Und so passte es, dass die zweitgrößte Wirtschaftsbranche Niedersachsens in Hannover tagte und ohne Grußwort des Ministerpräsidenten oder wenigstens des Landwirtschaftsministers, der zwar anwesend war, aber seine Stimme nur ohne störendes Publikum vor Fernsehkameras zu gebrauchen wusste, auskommen musste. Peinlich, entlarvend, unverschämt!“

Und als die Bentloh KG aus dem Landkreis Celle zum Ausbildungsbetrieb des Jahres gekürt wurde, klebte ein sichtlich verwirrter Minister Meyer auf seinem Stuhl, damit beschäftigt, den Zusammenhang der Begriffe ‚Ausbildung‘ und ‚Landwirtschaft‘ herzustellen, während EU-Kommissar Hogan unaufgefordert auf die Bühne geeilt war, um der stolzen Bauernfamilie seine Glückwünsche zu überbringen und seinen Teil zu einem unvergesslichen Gruppenfoto beizusteuern.“

1. Warum gratuliert der niedersächsische Landwirtschaftsminister in Hannover nicht dem bundesweit gekürten Ausbildungsbetrieb des Jahres aus dem Landkreis Celle zu seiner Auszeichnung?

2. **Welches Signal geht nach Auffassung der Landesregierung von einem solchen Benehmen gegenüber den Ausbildern/Betriebsleiterfamilien sowie den bundesweit ange-reisten Delegierten aus?**
3. **Welches Signal geht von einem solchen Verhalten nach Auffassung der Landesregie-rung für die jungen Menschen aus, die sich für eine duale Ausbildung in den land- und forstwirtschaftlichen Berufen entschieden haben?**

39. Wann wird der Dialog zur Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft fortgesetzt?

Abgeordneter Kai Seefried (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Vertreter des Kultusministeriums und Träger der Schulen in freier Trägerschaft haben sich in ihrem gemeinsamen „Arbeitskreis Finanzhilfe“ darauf verständigt, dass in einer Expertengruppe die ge-setzlichen Grundlagen der Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft den Strukturveränderungen im Schulbereich angepasst werden müssen. Auch ist beabsichtigt, darüber zu sprechen, wie die Grundlagen der Berechnungen neu justiert werden können.

Ein Gespräch zum Thema, das am 28. Juli 2016 stattfinden sollte, wurde abgesagt, ebenso wie ein weiterer Gesprächstermin bereits zuvor. Als Begründung wurde angeführt, Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) habe der neuen Unterarbeitsgruppe noch nicht zugestimmt.

Bisher war es üblich, dass zum Ende eines jeden Schuljahres die Finanzhilfesätze für die allge-meinbildenden Schulen festgesetzt werden. Die Festsetzung der Schülerbeträge der einzelnen Schulen für die Endabrechnung der Finanzhilfe des abgelaufenen Schuljahres 2015/2016 liegen derzeit noch nicht vor, sodass eine Endabrechnung nicht möglich ist.

1. **Wann ist mit einer Bekanntgabe der festgesetzten Finanzhilfesätze für das Schuljahr 2015/2016 zu rechnen?**
2. **Wann wird das erste Gespräch der neuen (Unter-)Arbeitsgruppe zur Finanzhilfe statt-finden?**
3. **Inwiefern beabsichtigt die Landesregierung gegebenenfalls eine Anpassung der Fi-nanzhilfesätze für die Berufsbildenden Schulen?**

40. Investitionskosten im Kinderhospital Osnabrück - lässt die Landesregierung Osnabrück und den Landkreis Diepholz im Stich?

Abgeordnete Volker Meyer, Martin Bäumer, Karl-Heinz Klare, Christian Calderone und Burkhard Jasper (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Das Kinderhospital Osnabrück wartet angesichts notwendiger Investitionen auf verbindliche Finan-zierungszusagen des Landes Niedersachsen. Das Land ist zuständig für die Investitionskosten in den niedersächsischen Krankenhäusern. Trotz der anstehenden Maßnahmen und der Vorarbeit des Klinikums gibt es keine verbindliche Aussage, wann die beim Kinderhospital Osnabrück benö-tigten Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Für das Krankenhaus bedeute das nach Informationen aus Osnabrück konkret, dass die bereits vom Land avisierten Fördermittel für die Sanierung des Therapiebades bisher nicht ausgezahlt wurden. Auch für die Fördermittel zum geplanten Umzug der kinder- und jugendpsychiatrischen Tagesklinik und Ambulanz vom Interimsstandort Eydelstedt in die St. Annen Klinik Twistringen fehle vom Land Niedersachsen die verbindliche Finanzierungszusage. Ohne Fördermittel sei die seit Langem geplante Sanierung und Renovierung der entsprechenden Räumlichkeiten in der Klinik in Twistringen nicht zu realisieren. Die zurzeit genutzten Räumlichkeiten in Eydelstedt seien von vor-neherein als Zwischenlösung gedacht gewesen, sodass ohne die Bereitstellung von Fördermitteln

die stationäre und ambulante Versorgung der Kinder und Jugendlichen im Landkreis Diepholz akut gefährdet sei.

1. **Steht das Land zu seinen Finanzierungszusagen für das Kinderhospital in Osnabrück an den Standorten Osnabrück und Twistringen?**
2. **Werden die betreffenden Maßnahmen in das Investitionsprogramm 2016 des Landes Niedersachsen aufgenommen?**
3. **Wann erfolgt die noch ausstehende verbindliche Aussage zu 2.?**

41. Welche Krankenhäuser haben Zukunft und welche stehen vor der Schließung?

Abgeordnete Dr. Max Matthiesen, Volker Meyer, Burkhard Jasper, Petra Joumaah, Gudrun Pieper, Annette Schwarz (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Sozialministerin Rundt wird in der Presseberichterstattung der vergangenen Wochen mit verschiedenen Aussagen zur zukünftigen Ausgestaltung der Krankenhauslandschaft in Niedersachsen zitiert. So heißt es z. B. in der *Nord-West-Zeitung* vom 21. Juli 2016: „Eine wohnortnahe Versorgung ist wichtig. Daher müssen wir die Struktur im Landkreis Cloppenburg erhalten und die Dichte an Krankenhäusern nicht weiter ausdünnen.“ Auch die *Emdener Zeitung* zitiert Ministerin Rundt am 4. August 2016 mit der Aussage, dass die Ministerin „einen Konzentrationsprozess ablehne, bei dem die Zahl der Krankenhäuser in Niedersachsen schließlich von derzeit 183 auf 30 bis 40 reduziert werde und nach dem Rasenmäherprinzip kleine Häuser abgewickelt würden.“

Demgegenüber berichtet die *HAZ* in ihrer Ausgabe vom 8. August 2016, dass der Verband der Ersatzkassen (vdek) fordere, die Förderung der Krankenhäuser künftig von deren medizinischer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit abhängig zu machen: „Kliniken, die eine bestimmte Mindestgröße unterschreiten und dauerhaft Verluste schreiben, sollten nicht künstlich am Leben gehalten werden. Der vdek habe bereits vor drei Jahren 30 Kliniken in Niedersachsen mittelfristig für überflüssig erklärt. Seitdem hätten zehn Häuser geschlossen, bei neun weiteren stehe das Ende unmittelbar bevor. Das Land müsse den Entwicklungsprozess hin zu größeren leistungsfähigen Krankenhäusern konsequent unterstützen.“

1. **Wie bewertet die Landesregierung die Aussagen des vdek?**
2. **Welche 19 Krankenhäuser haben seit 2013 bereits schließen müssen bzw. stehen unmittelbar vor der Schließung?**
3. **Bei welchen Krankenhäusern kann sich die Landesregierung mittelfristig eine Zusammenlegung vorstellen, um eine bedarfsgerechte hochwertige Versorgung vor Ort zu erhalten oder zu schaffen?**

42. Weshalb wurden die Ausführungsbestimmungen zu § 47 NBauO geändert?

Abgeordnete Heidemarie Mundlos und Jens Nacke (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Niedersächsischen Ministerialblatt Nr. 27/2016 sind auf Seite 714 die vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung mit Runderlass vom 6. Juli 2016 geänderten Ausführungsbestimmungen zu § 47 NBauO veröffentlicht worden. Diese Ausführungsbestimmungen regeln über Richtzahlen den Bedarf an Einstellplätzen für unterschiedliche „Verkehrsquellen“ (z. B. Wohngebäude, Verkaufsstätten, Krankenhäuser etc.).

1. **Welche Richtzahlen für den Einstellplatzbedarf wurden gegenüber dem Vorgängererlass aus welchen Gründen geändert?**
2. **In welcher Weise haben sich die beteiligten Bauaufsichtsbehörden vor der Änderung der Richtzahlen geäußert?**

3. Welche Reaktionen gibt es von anderen Stellen auf die geänderten Richtzahlen?**43. Aktueller Stand bei der Revision des Kindertagesstättengesetzes**

Abgeordnete Björn Försterling, Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns, Christian Dürr und Gabriela König (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

SPD und Grüne haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, ein „modernes und den heutigen Realitäten angepasstes Kindertagesstättengesetz (KiTaG) auf den Weg zu bringen“. Zu den dabei genannten Zielen werden der Ausbau des Angebots an Ganztagsplätzen, die inklusive KiTa und eine Qualitätsoffensive genannt.

Im Rahmen einer Kleinen Anfrage zur mündlichen Beantwortung in der Sitzung des Landtages am 5. Juni 2015 (TOP 24, Nr. 31) hat die Kultusministerin erklärt: „Die Landesregierung erarbeitet derzeit intensiv den Gesetzentwurf eines neuen KiTaG. Aufgrund der Vielzahl der geplanten Änderungen wird es sich voraussichtlich um eine Neufassung dieses Gesetzes handeln.“

Im Rahmen einer Kleinen Anfrage zur mündlichen Beantwortung in der Sitzung des Landtags am 17. Dezember 2015 (Drs. 17/4865, Nr. 53) hat die Landesregierung mitgeteilt, die Revision des KiTaG sei auf dem Stand der Erarbeitung eines Referentenentwurfs. Bis heute liegt dem Parlament kein Entwurf vor, obwohl Bürgerinitiativen und Träger von KiTas seit Jahren Änderungen anmahnen und einfordern.

- 1. Was ist der aktuelle Sachstand bei der Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs zur Revision des KiTaG, und wird die Landesregierung einen solchen noch in dieser Legislaturperiode in den Landtag einbringen?**
- 2. Zu wann und in welchem Umfang wird die Landesregierung die Betreuungsrelation im Kindergartenbereich verbessern?**
- 3. Wird die Landesregierung die Leitungskräfte von Kindertagesstätten durch zusätzliche Verfügungsstunden entlasten? Wenn ja, ab wann?**

44. Beförderung von Polizeibeamtinnen und -beamten in Niedersachsen

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Dr. Marco Genthe und Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Laut der *Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei* (Ausgabe Juni 2016) äußerte sich Ministerpräsident Stephan Weil auf der Polizeifachtagung der SPD-Landtagsfraktion über die zukünftige Förderung sowie die zukünftigen Anforderungen der Polizei in Niedersachsen. Hierbei sagte Ministerpräsident Weil in seiner anschließenden Pressemeldung „Unterstützung ohne Einschränkungen“ zu.

In dem gleichen Artikel forderte die GdP u. a. kürzere Beförderungswartezeiten sowie, dass keine Beamtinnen und Beamten mit Besoldungsgruppe A 9 in Ruhestand gehen dürften.

Der stellvertretende Landesvorsitzende der DPoIG Alexander Zimbehl spricht in einer Presseinformation von Wartezeiten von derzeit zwölf bis 15 Jahren auf die erste Beförderung und fordert in diesem Zuge kontinuierliche Hebungsprogramme.

- 1. Wie viele Polizeibeamtinnen und -beamte sind mit dem Einstiegsamt A 9 in den Jahren 2015 und 2016 in den Ruhestand versetzt worden?**
- 2. Wie viele Polizeibeamtinnen und -beamte befinden sich noch im Einstiegsamt und haben bereits mehr als zehn Dienstjahre gearbeitet (bitte nach Dienstjahren aufschlüsseln)?**
- 3. Wie viele Polizeibeamtinnen und -beamte sind seit mehr als 15 Dienstjahren nicht befördert worden (bitte nach Besoldungsgruppe aufschlüsseln)?**

45. Bildaufnahmen des Munsteraner Rudels?

Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Jörg Bode und Hermann Grupe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Juli berichtete der NDR über Film- und Fotoaufnahmen, auf denen sich Menschen unterschiedlicher Berufsgruppen auf dem Truppenübungsplatz Munster mit dem Wolfswelpenwurf von 2014, aus dem auch MT06 stammte, ablichten ließen.

Gezeigt wurden die Bilder dem Anschein nach bereits im Februar 2015 von einem Mitarbeiter der Bundesforstbetriebe auf einer Sitzung mit Naturschutzverbänden, Wolfsberatern und der Landesjägerschaft in Oerrel (Landkreis Heidekreis). Dazu eingeladen hatte der damalige Artenschutzreferent des niedersächsischen Umweltministeriums, der auch selbst an der Sitzung teilnahm.

1. **Seit wann wusste die Landesregierung von den Bildaufnahmen?**
2. **Wer hatte nach Information der Landesregierung noch Kenntnis über diese Bildaufnahmen?**
3. **Ist die Landesregierung im Besitz aller Bilder, und wurden diese Bilder dem Wolfsmonitoring zur Verfügung gestellt? Wenn nein, weshalb nicht?**

46. Wie zuverlässig ist die Bahnverbindung Braunschweig–Seesen–Herzberg (RB 46)?

Abgeordneter Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die Bahnverbindung auf der Strecke Braunschweig–Seesen–Herzberg steht mit Bezug auf Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit in der Kritik. MdB Güntzler spricht auf seiner Homepage von „fast täglichen Verspätungen“ (<http://www.fritz-guentzler.de/index.php/pressebereich/656-guentzler-und-theuvsen-fuer-verbesserungen-auf-der-bahnstrecke-herzberg-braunschweig>) und bezieht sich auf Weichen-, Schranken- und Signalstörungen.

1. **Seit wann ist der Landesregierung bekannt, dass es zu Beeinträchtigungen, Ausfällen und Störungen im Betriebsablauf auf der Bahnstrecke zwischen Herzberg und Braunschweig kommt?**
2. **Was hat die Landesregierung seitdem unternommen, und was wird sie in der Zukunft für die Beseitigung der Beeinträchtigungen, Ausfälle und Störungen im Betriebsablauf auf der Bahnstrecke zwischen Herzberg und Braunschweig unternehmen?**
3. **Welche Beeinträchtigungen entstehen für die Bahnnutzer, insbesondere Pendler und Touristen, durch die Beeinträchtigungen, Ausfälle und Störungen im Betriebsablauf auf der Bahnstrecke zwischen Herzberg und Braunschweig?**

47. Captain Computer - Schifffahrt und Hafenwirtschaft im digitalen Umbruch?

Anfrage der Abgeordneten Hillgriet Eilers, Jörg Bode und Horst Kortlang (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Laut einer aktuellen Studie von PricewaterhouseCoopers (PwC) gehen neun von zehn Führungskräften deutscher Reedereien davon aus, dass die Automatisierung und Digitalisierung im Schiffsverkehr in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird. Sendungen wie Container könnten per Satellitenortung verfolgt werden sowie Instandhaltungsprozesse und Wartungen der Schiffe aus den Reedereisitzen erfolgen. Jede vierte Führungskraft hält es inzwischen für wahrscheinlich, dass Schiffe in absehbarer Zeit von Land gesteuert werden.

Bereits heute sammelt die Reederei AIDA-Cruises durch eine Vielzahl an Sensoren Daten der einzelnen Schiffe. Hierdurch können Ressourcen geschont und Effizienzsteigerungen erzielt werden. Die neuen digitalen Möglichkeiten werden das Leistungsspektrum der Unternehmen im maritimen

Sektor erheblich verändern. In Zukunft sind voraussichtlich keine Transportmittel mehr gefragt, sondern logistische Systeme. Zwei Drittel der befragten Reeder rechnen damit, dass Linienreeder zukünftig nicht nur den Schiffstransport, sondern die gesamte Lieferkette von Haus zu Haus abdecken müssen.

Für einen solchen Wandel der Branche sind erhebliche Investitionen notwendig, um die technische Infrastruktur auf den aktuellen Stand zu bringen sowie fachkundiges IT-Personal einzustellen. Die Schifffahrt befindet sich jedoch seit Jahren in einer Wirtschafts- und Ertragskrise. Eine Besserung der Situation ist derzeit nicht erkennbar. Banken steigen zunehmend aus der deutschen Schifffahrtsfinanzierung aus, sodass deutsche Reeder zunehmend auf ausländische Investoren setzen müssen.

1. **Welche Möglichkeiten und Potenziale erkennt die Landesregierung in der zunehmenden Digitalisierung der Seeschifffahrt, der Binnenschifffahrt und der Hafenwirtschaft?**
2. **Was plant oder unternimmt die Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode, um die Potenziale der Digitalisierung in der Schifffahrt und der Hafenwirtschaft zu heben und die Logistikwirtschaft zu unterstützen?**
3. **Welche technischen und rechtlichen Belange stehen dem Trend der Digitalisierung der Schifffahrt und der niedersächsischen Hafenwirtschaft derzeit noch entgegen, und bis wann werden diese abgebaut?**

48. **Wie geht es dem Projekt „Ecobus“?**

Abgeordnete Christian Grascha, Gabriela König und Hermann Grupe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Staatskanzlei hat am 9. Mai 2016 in der Pressemitteilung „Europa in meiner Region - EU-Förderung sichtbar gemacht“ (<http://www.stk.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/europa-in-meiner-region--eu-foerderung-sichtbar-gemacht-143617.html>) auf 18 EU-Projekte aufmerksam gemacht. Dort heißt es, dass Niedersachsen seine „Erfolgsgeschichten in Niedersachsen“ präsentiert.

Weiter heißt es in der Pressemitteilung: „Exemplarisch wurde in Osterode das Projekt ‚EcoBus‘ vorgestellt. Dieses Projekt, hinter dem das Göttinger Max-Planck-Institut für Dynamik und Selbstorganisation steht, gilt als europaweit beispielhaft für die Lösung drängender Probleme des öffentlichen Nahverkehrs in ländlichen Regionen. Ziel ist es, einen linienunabhängigen, flexiblen öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum über die intelligente Vernetzung einer Flotte von Kleinbussen zu gewährleisten. Im Oktober 2015 wurde das Projekt, das ein Gesamtvolumen von drei Millionen Euro aufweist, in das Südniedersachsenprogramm aufgenommen“.

1. **Wie ist der aktuelle Sachstand beim Projekt „Ecobus“ und beim Antragverfahren auf EU-Fördermittel?**
2. **Vor dem Hintergrund der Finanzierungsvoraussetzungen beim Südniedersachsenprogramm und des Gesamtvolumens des Projektes „Ecobus“: Wie setzt sich die Finanzierung des Projektes „Ecobus“ anteilig zusammen?**
3. **Vor dem Hintergrund ähnlicher Projekte, die an geringer Nachfrage und demzufolge hohen Kosten gescheitert sind, und da die Beförderungskosten und die konkrete Umsetzung im Alltag beim Projekt „Ecobus“ unklar sind (http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Busse-per-App-rufen-Nahverkehr-der-Zukunft-ecobus100.html): Wie beurteilt die Landesregierung die Erfolgchancen für das Projekt „Ecobus“ in Verbindung mit dem Anspruch „Kaum Wartezeiten, niedrige Kosten, maximale Mobilität ohne eigenes Auto“ (<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Vernetzte-Kleinbus-Flotten-sollen-Landbewohner-mobil-machen-3199279.html>)?**

49. Windkraft in Erdbebengebieten

Abgeordnete Horst Kortlang, Dr. Gero Hocker und Jörg Bode (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im April 2016 gab es im Raum Langwedel (Landkreis Verden) ein Erdbeben der Stärke 3,3. Bereits in den Jahren zuvor gab es seit 2008 insgesamt sechs Erdstöße mit Stärken zwischen 1,8 und 2,9. In Langwedel werden aktuell die beiden Windparks „Giersberg West“ und „Giersberg Ost“ geplant. Aufgrund der Erdbeben in diesem Gebiet sorgen sich Anwohner um die Sicherheit der Windkraftanlagen.

- 1. Welche besonderen Gefahren sieht die Landesregierung bei der Errichtung und dem Betrieb von Windkraftanlagen in Erdbebengebieten, speziell auch hinsichtlich der Fundamente?**
- 2. Müssen im Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen in Erdbebengebieten spezielle Genehmigungen eingeholt werden und, wenn ja, welche?**
- 3. Welche besonderen Maßnahmen müssen bei der Errichtung und dem Betrieb von Windkraftanlagen in Erdbebengebieten durchgeführt werden?**

50. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus den Bildaufnahmen des Munsteraner Rudels?

Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Jörg Bode und Hermann Grupe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Juli berichtete der NDR über Film- und Fotoaufnahmen, auf denen sich Menschen unterschiedlicher Berufsgruppen an dem Truppenübungsplatz Munster mit dem Wolfswelpenwurf von 2014, aus dem auch MT06 stammte, ablichten ließen.

Gezeigt wurden die Bilder dem Anschein nach bereits im Februar 2015 von einem Mitarbeiter der Bundesforstbetriebe auf einer Sitzung mit Naturschutzverbänden, Wolfsberatern und der Landesjägerschaft in Oerrel (Landkreis Heidekreis). Dazu eingeladen hatte der damalige Artenschutzreferent des niedersächsischen Umweltministeriums, der auch selbst an der Sitzung teilnahm.

- 1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über den Verbleib und das Verhalten der anderen Tiere des Rudels?**
- 2. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der Gewissheit, dass mehrere Tiere des Munsteraner Rudels an Menschen gewöhnt wurden?**
- 3. Weshalb wurden die Tiere nach Bekanntwerden der Bilder, die eine Gewöhnung der Tiere an den Menschen belegen, nicht vor Ort vergrämt?**

51. Sind Lang-Lkw eine Chance für die Verkehrssicherheit und Logistik in Niedersachsen?

Anfrage Abgeordneten Gabriela König und Dr. Marco Genthe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Lang-Lkw sind bereits über einen längeren Zeitraum in Niedersachsen erprobt worden. Unter Berücksichtigung des prognostizierten Güterverkehrsaufkommens in Deutschland und Europa könnten solche Lang-Lkw möglicherweise eine Entlastung der Logistikbranche und des Verkehrsaufkommens auf deutschen Fernstraßen herbeiführen.

Bereits seit 2006 steht Gerd Will (wirtschafts- und verkehrspolitischer Sprecher der SPD) hinter der These, dass Lang-Lkw eine erhebliche Gefahr für die Verkehrssicherheit darstellen und in Zukunft keine verkehrspolitischen Probleme lösen könnten. Diese These über eine Aussichtslosigkeit des Projekts wurde von ihm im Jahre 2012 in einem Artikel von *regionalwolfenbüttel.de* noch einmal

bekräftigt und ist mit einer Ablehnung weiterer Genehmigungen von Strecken für Lang-Lkw im Koalitionsvertrag von Rot-Grün verankert.

Am 13. Juli 2016 erwähnte Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) in einem Interview mit der *Neuen Osnabrücker Zeitung*, dass die Testphase aus seiner Sicht bisher sehr erfolgreich verlaufe. Herr Lies vermutet, dass nach Abschluss der Testphase ein Einsatz von Lang-Lkw durchaus realisierbar sein könne. Ferner seien laut seiner Aussage in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* schon jetzt viele Strecken vorhanden, auf denen Lang-Lkw einsetzbar seien.

1. **Wie hat sich der von Minister Lies in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* erwähnte Erfolg des Lang-Lkw-Feldversuchs bislang bemerkbar gemacht?**
2. **Liegen der Landesregierung aufgrund des Feldversuches Erkenntnisse vor, die gegen eine Zulassung von Lang-Lkw sprechen könnten oder würden und, wenn ja, welche sind dies?**
3. **Würde der Einsatz von Lang-Lkw auf stark befahrenen Bundesfernstraßen, z. B. den Bundesautobahnen A 2 oder A 7, zu einer Entlastung des Verkehrsaufkommens und gegebenenfalls des Unfallgeschehens beitragen können?**

52. Zahlt die Beihilfe für eine Meningokokken-B-Impfung?

Anfrage der Abgeordneten Sylvia Bruns, Gabriela König, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Meningokokken B: Diese Bakterien können eine lebensgefährliche Hirnhautentzündung oder Blutvergiftung auslösen und zum Tod führen. Betroffen sind meistens Kinder. Einen zugelassenen Impfstoff gegen Meningokokken B gibt es erst seit Ende 2013. England hat als erstes Land der Welt die Impfung für Babys zum kostenlosen Standard gemacht hat.

Inzwischen übernehmen auch die meisten Krankenkassen die Kosten (vgl. http://www.kinderaerzte-im-netz.de/fileadmin/pdf/Meningokokken_B_Krankassenliste/UEbersicht_Kostenuebernahme_Meningokokken-B-Impfstoff_-_letzter_Stand.pdf).

Die Beihilfe lehnt die Übernahme aber mit einem Verweis auf § 38 NBhVO ab.

„Vorsorge und Prävention (§ 38 NBhVO)

Impfungen werden grundsätzlich in Anlehnung an die Empfehlung der ständigen Impfkommision (STIKO) am Robert-Koch-Institut als beihilfefähig anerkannt. Nicht beihilfefähig sind Aufwendungen für Schutzimpfungen im Zusammenhang mit einem privaten Auslandsaufenthalt.“

1. **Sollte hier, insbesondere in Anbetracht des hohen Schutzgutes und der Tatsache, dass Krankenkassen die Kosten übernehmen, nicht auch eine Übernahme erfolgen, um zu verhindern, dass Beihilfeempfänger schlechter gestellt werden?**
2. **Sofern es zu einer solchen Entscheidung kommt oder die Impfung in die Empfehlungen aufgenommen wird, mit welchen Kosten rechnet die Landesregierung für das Land?**
3. **Gibt es weitere Impfungen, deren Kosten von einem Großteil der Kassen übernommen werden aber nicht von der Beihilfe, und wenn ja, welche?**

53. Verpflegung von Lehrgangsteilnehmern an der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz in Celle

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Jan-Christoph Oetjen und Dr. Marco Genthe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Niedersächsische Akademie für Brand- und Katastrophenschutz unterhält am Standort Celle eine von zwei Landesfeuerwehrschulen. Die Akademie ist mit den Aus- und Fortbildungsaufgaben

für Angehörige der Freiwilligen-, Berufs-, Pflicht- und Werksfeuerwehren beauftragt und konnte bislang bereits 180 000 Lehrgangsteilnehmer ausbilden. Lehrgangsteilnehmer werden während der Aus- und Fortbildungen in der Landesfeuerwehrschule Celle untergebracht und gepflegt.

1. **Wie hoch ist das Tagesbudget für die Unterbringung sowie für die Verpflegung eines einzelnen Lehrgangsteilnehmers?**
2. **Welche Kalkulationen liegen den berechneten Kosten zugrunde, und sind Veränderungen an der Bemessung der Pauschalen sowohl für die Verpflegung als auch für die Unterbringung der Lehrgangsteilnehmer geplant?**
3. **Aus welchen Mitteln wird die Verpflegung und Unterkunft der Lehrgangsteilnehmer finanziert?**

54. Reicht die Personalausstattung der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr aus, um die nach dem Bundesverkehrswegeplan 2030 jährlich steigenden Investitions- und Planungsmittel für den Straßenbau in Niedersachsen auszugeben?

Abgeordnete Gabriela König, Christian Grascha und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In Niedersachsen konnten in den Jahren 2010 bis 2015 jährlich ca. 650 Millionen Euro an Bundesmitteln für den Straßenbau verwendet werden. Dies übersteigt die jährlich durch den Bund zugewiesenen Mittel im Durchschnitt um rund 60 Millionen Euro.

Laut einem Referatsleiter beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr werden in den nächsten Jahren etwa 800 Millionen Euro pro Jahr nach Niedersachsen fließen. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Enak Ferlemann, bezeichnet Niedersachsen folglich als den großen Gewinner des neuen Bundesverkehrswegeplans. Herr Ferlemann spricht jedoch auch davon, dass den Landesstraßenbauämtern Fachleute fehlen würden, um das gestiegene Investitionsvolumen umsetzen zu können (*Hildesheimer Allgemeine Zeitung*, 27. Juli 2016).

1. **Vor dem Hintergrund der stetig steigenden Bundesmittel für den Straßenbau in Niedersachsen in den nächsten 15 Jahren: In welchen Größenordnungen ist mit einem wachsenden Personalbedarf oder dem Einkauf von Fremdleistungen bei der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zu rechnen?**
2. **Inwiefern kann die Landesregierung den Vorhalt nachvollziehen, dass den Landesstraßenbauämtern Fachleute zur Umsetzung der vorhandenen Finanzmittel fehlen würden?**
3. **In welchen Bereichen der verkehrlichen Infrastruktur erkennt die Landesregierung jetzt noch Finanzierungs- oder Bedarfslücken für den Zeitraum bis 2030?**

55. Präsidentenstellen in der niedersächsischen Justiz

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner und Dr. Marco Genthe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Justiz ist eine tragende Säule unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie garantiert den Rechtsfrieden in unserer Gesellschaft. Eine gute Führungsorganisation steigert die Effektivität der Justiz.

1. **Welche Präsidentenstellen sind in der laufenden Legislaturperiode voraussichtlich noch neu zu besetzen?**
2. **Wann scheiden die jeweiligen Amtsinhaber planmäßig aus?**
3. **Wann werden die Stellen jeweils ausgeschrieben?**

56. Psychologische Betreuung von Flüchtlingen

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Gabriela König und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In den letzten zwei Jahren sind über 1 Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen mit der Hoffnung, hier Schutz vor Verfolgung, Terror und Krieg zu finden. Viele von ihnen sind durch das Erlebte stark traumatisiert. Dies kann sich besonders bei jungen Flüchtlingen fatal auswirken.

Nach den Gewalttaten in Würzburg, Reutlingen und Ansbach rückt dieses Thema verstärkt in den Mittelpunkt. So schreibt der *Focus* am 26. Juli 2016, dass in allen drei Fällen Ermittler davon ausgehen, dass die Täter unter psychischen Problemen litten. Seelische Leiden seien laut Experten unter Flüchtlingen weit verbreitet. Laut Bundespsychotherapeutenkammer leide jeder zweite Flüchtling unter einer psychischen Erkrankung. Nur in den allerwenigsten Fällen führten diese zu Gewaltausbrüchen wie in Ansbach, Würzburg oder Reutlingen. Trotzdem bräuchten die Menschen Unterstützung.

So warnte der Präsident des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen, Michael Krämer, dass eine Psychologische Betreuung für Flüchtlinge genauso wichtig sei wie eine medizinische.

1. **Wie viele Psychologen bzw. Therapeuten stehen in den niedersächsischen Erstaufnahmeeinrichtungen zur Verfügung (bitte nach Standorten auflisten unter Angabe der jeweiligen Flüchtlingszahl)?**
2. **Wie gestalten sich momentan die psychologische Behandlung und Betreuung in den Erstaufnahmeeinrichtungen?**
3. **Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die psychologische Behandlung bzw. Betreuung von Flüchtlingen in den kommunalen Flüchtlingseinrichtungen?**

57. Hat die Landesregierung zur Erntejagd Rechtssicherheit für Jäger geschaffen?

Abgeordnete Hermann Grupe, Hillgriet Eilers und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Seit einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem März 2016, das die Verwendung halbautomatischer Langwaffen bei der Jagd infrage gestellt hatte, herrscht Unsicherheit bei den Jägerinnen und Jägern. Es ist nicht klar, ob die betroffenen Waffen weiterhin bei der Jagd verwendet werden dürfen. Aus diesem Grund hat der Bundestag im Juli 2016 eine Änderung des Bundesjagdgesetzes beschlossen, nach der halbautomatische Waffen mit Wechselladung weiterhin bei der Jagd eingesetzt werden dürfen, wenn nicht mehr als drei Patronen geladen sind. Die Jagdgesetzänderung verlangt jedoch die Zustimmung des Bundesrates, der sich frühestens am 23. September mit der Thematik befassen kann.

Aufgrund der bevorstehenden Erntejagdsaison hat der Deutsche Jagdverband in einer Pressemitteilung vom 8. Juli 2016 die Bundesregierung und die Länderregierungen aufgefordert, schon vorher für Rechtssicherheit zu sorgen (<https://www.jagdverband.de/content/selbstladeb%C3%BCchsen-mit-wechselladung-weiter-erlaubt>). Laut einer Meldung auf top agrar online vom 14. Juli 2016 will der Freistaat Bayern die Regelungslücke im Bundesjagdgesetz mit einer landeseigenen Regelung bis zum Herbst überbrücken und so Rechtssicherheit herstellen (<http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Bayern-schafft-Sonderregelung-fuer-halbautomatische-Waffen-3947110.html>).

1. **Wie steht die Landesregierung zur Jagd mit halbautomatischen Waffen?**
2. **Wie wird sich die Landesregierung bei der Abstimmung über die vom Bundestag beschlossene Änderung des Bundesjagdgesetzes bezüglich der Verwendung halbautomatischer Waffen mit Wechselladung im Bundesrat verhalten?**

3. **Hat die Landesregierung mit einer landeseigenen Regelung nach dem Vorbild Bayerns Rechtssicherheit für die Benutzung halbautomatischer Waffen bei der Jagd geschaffen, wenn nein, warum nicht?**

58. Registrierung von Flüchtlingen mithilfe von Livescan-Geräten

Abgeordnete Christian Dürr und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Seit einigen Jahren werden bei der Polizei zur Abnahme von Fingerabdrücken Livescan-Geräte verwendet. Im Rahmen der Flüchtlingskrise wurden von der Polizei Geräte an die Landesaufnahmebehörde verliehen.

Zuvor wurden die Fingerabdrücke mittels Fingerabdruckfarbe abgenommen, dann mit einem Papierscanner in digitale Bilder umgewandelt und an das Bundeskriminalamt und EURODAC versandt. Bei diesem Verfahren fand die Qualitäts- und Fehlerprüfung erst beim Empfänger statt.

Diese Prüfung findet durch die Livescan-Geräte direkt vor Ort statt. So kann weitestgehend sichergestellt werden, dass nur auswertbare Abdrücke verschickt werden. Ein weiterer Vorteil liegt darin, dass die Abnahme der Fingerabdrücke so schneller durchgeführt werden kann.

1. **Welche Erfahrungen wurden an den Standorten der Landesaufnahmebehörde mit den Geräten gemacht?**
2. **Wie wurde die Ausleihzeit bei der Polizei kompensiert?**
3. **Ist geplant, dauerhaft weitere Livescan-Geräte für die LAB anzuschaffen?**

59. Schulkindbetreuung am Lindenberg in Braunschweig

Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Sylvia Bruns und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Nach einem Bericht der *Braunschweiger Zeitung* vom 1. August 2016 hat das Kultusministerium die Nutzung von Klassenräumen der Grundschule Lindbergsiedlung für den Betrieb eines Hortes durch das Deutsche Rote Kreuz in den Räumen abgelehnt. Die Eltern haben daraufhin eine private Lösung finden müssen, die deutlich teurer ist als eine Unterbringung im Hort.

1. **Warum wurde die Ausnahmegenehmigung zum Betrieb des Hortes in den Klassenräumen der Schule verweigert?**
2. **Wie viele Fälle dieser Art sind der Landesregierung in Niedersachsen bekannt?**
3. **Warum ist der Betrieb einer Ganztagschule in Klassenräumen möglich, nicht aber der Betrieb eines Hortes?**

60. Wird die DIN 4102-4 2016-05 noch in der Liste der technischen Baubestimmungen im Ministerialblatt Niedersachsen veröffentlicht?

Abgeordnete Sylvia Bruns, Gabriela König, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Mai 2016 wurde die Brandschutznorm DIN 4102-4 veröffentlicht. Sie umfasst u. a. Anforderungen an Baustoffe und Bauteile und auch eine Reihe von Detaillösungen für den Brandschutz.

In der Vergangenheit sollen solche DIN durch das MS in den technischen Baubestimmungen des Landes Niedersachsen abgedruckt worden sein, die DIN 4102-4 wurde aber bisher nicht veröffentlicht.

1. Ist eine solche Veröffentlichung auch zur Zugänglichkeit für alle Bürger im Sinne der Vorsorge und Sicherheit noch geplant?
2. Sofern keine Veröffentlichung geplant sein sollte, teilt die Landesregierung die Auffassung, dass der Kaufpreis, der bei 300 Euro liegen soll, kleinere Unternehmen stark belasten würde, und, wenn nicht, warum nicht?
3. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass es bei einer Nichtveröffentlichung dazu kommen könnte, dass neues Brandschutzwissen die Betroffenen nicht erreicht, und, wenn ja, was plant sie, dagegen zu unternehmen?

61. Versorgungsrücklage

Anfrage der Abgeordneten Horst Kortlang und Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Das Land Niedersachsen verfügt über eine Versorgungsrücklage.

1. Wie stellt sich das Anlageportfolio der Versorgungsrücklage dar?
2. Wie hoch ist momentan die Versorgungsrücklage?
3. Welche weitere Verwendung plant die Landesregierung?

62. VW-Skandal: Welche rechtlichen Verpflichtungen oder Erkenntnisse könnten den Freistaat Bayern jetzt zu einer Aktionärsklage gegen den Volkswagenkonzern zwingen, Niedersachsen aber nicht?

Abgeordnete Jörg Bode, Dr. Marco Genthe, Christian Dürr, Gabriela König und Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In einer Presseinformation „VW-Abgasaffäre: Verdacht auf Marktmanipulation“ der Staatsanwaltschaft Braunschweig vom 20. Juni 2016 heißt es mit Bezug auf eine Strafanzeige der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin): „Der VW-Konzern war der sich aus dem Wertpapierhandelsgesetz ergebenden Ad-hoc-Publizitätspflicht am 22. September 2015 nachgekommen. Es bestehen allerdings zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass diese Pflicht zu einer Mitteilung über die zu erwartenden erheblichen finanziellen Verluste des Konzerns bereits zu einem früheren Zeitpunkt bestanden haben könnten“.

Der bayerische Pensionsfonds wird die Volkswagen AG aufgrund eines Kursdifferenzschadens vermutlich auf Schadensersatz verklagen. Hintergrund bildet eine vermeintlich zu spät abgesetzte, aber gesetzlich erforderliche Ad-hoc-Mitteilung über Informationen, die das Potenzial haben, den Kurs des Wertpapiers erheblich zu beeinflussen.

Der bayerische Finanzminister Markus Söder (CSU) führt dazu aus: „Bayern muss Volkswagen verklagen. Der Pensionsfonds wird noch im September beim Landgericht Braunschweig Klage auf Schadensersatz einreichen. Wir sind da auch rechtlich in der Verpflichtung für unsere Beschäftigten. Es geht um Rechtsansprüche, die nun von uns geltend zu machen sind“ (dpa, 2. August 2016, 12:27 Uhr).

1. Wie beurteilt die Landesregierung mit Blick auf die landeseigenen VW-Aktien die Rechtsauffassung des bayerischen Finanzministers, dass der bayerische Pensionsfonds einen Kursdifferenzschaden genommen habe und deshalb eine Klage auf Schadensersatz zwingend sei?
2. Vor dem Hintergrund der Aussage von Finanzminister Schneider „Wer Aktien kauft, muss mit dem Risiko leben“: Müssen Aktionäre die Verletzung von Mitteilungspflichten durch die Volkswagen AG als gewöhnliches Risiko tragen, oder steht ihnen in einem solchen Fall Schadensersatz zu?

3. Vor dem Hintergrund, dass laut Presseberichterstattung eine Verjährung von Schadensersatzansprüchen bereits zum 18. September 2016 drohen könnte (<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/abgas-affeere-investoren-verklagen-vw-auf-mehr-als-drei-milliarden-euro-schadenersatz-1.2906373>): Welche Fristen muss das Land Niedersachsen bezüglich der Wahrung sämtlicher möglicher Schadensersatzansprüche gegen den VW-Konzern aufgrund von Kursverlusten durch verspätete Ad-hoc-Publizitätspflichten beachten?

63. **Wie will die Landesregierung das Kernnetz der Bundeswasserstraßen ökologisch weiterentwickeln, ohne den Schiffsverkehr zu beeinträchtigen?**

Abgeordnete Hillgriet Eilers, Jörg Bode, Gabriela König und Horst Kortlang (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Bedeutung von Fließgewässern als wertvoller Lebensraum auf der einen und als wichtiger Verkehrsträger auf der anderen Seite ist hinlänglich bekannt und oft beschrieben. Der Nutzungsdruck und damit die Anforderungen an die Verbindungsgewässer werden zusehends stärker. Auch die Regierungskoalition beschreibt in der Koalitionsvereinbarung, dass sie den „Verkehr verstärkt auf umweltfreundliche Träger“, wie die Wasserstraße, verlagern möchte (Seite 61/ 62).

Der Bund bemüht sich ebenfalls seit Jahren um die Verbindungsgewässer. Themen auf der Ebene des Bundes sind die Erarbeitung eines Spezialgesetzes für die Gebühren der Binnenschifffahrt, das Wassertourismuskonzept, die Struktur der Wasserstraßen- und Schifffahrtsämter und -verwaltungen (Reviererteilung), die Kategorisierung der Wasserstraßen,“ sowie die künftigen Planungen und Ausführungen von Instandhaltungsarbeiten und Neubauvorhaben im Rahmen der regulären Tätigkeiten und im Zusammenhang mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan und dem Verkehrsinfrastrukturbericht.

Aktuell plant die Landesregierung ein Aktionsprogramm Niedersächsische Gewässerlandschaften. Geplant ist außerdem die Mitwirkung am Bundesprogramm „Blaues Band Deutschland“, das auch zum Ziel hat, Renaturierungsmaßnahmen an Bundeswasserstraßen durchzuführen. Nach Aussage der Landesregierung ist dieses Programm ausdrücklich auch für Projekte an großen Flüssen nutzbar. Dies betreffe auch das Kernnetz der Bundeswasserstraßen an der Weser, der Ems und eventuell auch der Elbe.

1. **Welche konkreten Maßnahmen sind im Rahmen des Programms „Blaues Band Deutschland“ und des Aktionsprogramms „Niedersächsische Gewässerlandschaften“ geplant?**
2. **Vor dem Hintergrund der vielfältigen Aktivitäten des Bundes in Bezug auf die Wasserstraßen sowie der vielgestaltigen Ansprüche der Gesellschaft in Bezug auf die Fließ-/Verbindungsgewässer und des Anspruches der Regierungskoalition, den Verkehr verstärkt auf die Flüsse bringen zu wollen: Wie beurteilt die Landesregierung das Zusammenwirken der Akteure und Interessen, um alle Ziele der Verkehrs-, Tourismus- und Umwelt-/Naturschutzpolitik zu erreichen?**
3. **Wie beurteilt die Landesregierung den Stand und die Planungen für die einzelnen niedersächsischen Wasserwege und -straßen in Bezug auf ihre derzeitige Nutzung und ihr Potenzial für den Gütertransport, den Freizeitverkehr/Wassertourismus und für die naturnahe Entwicklung?**

64. Wie notwendig ist der Paragraph 103 des Strafgesetzbuchs?

Abgeordneter Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In den letzten Monaten hat der § 103 des Strafgesetzbuchs (StGB), der die Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten regelt, durch ein „Schmähgedicht“ eines deutschen Satirikers massiv an medialer Aufmerksamkeit gewonnen.

Es gibt Bestrebungen aus unterschiedlichen Richtungen, den § 103 StGB zu streichen, sowohl durch eine Bundesratsinitiative der sechs Bundesländer Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Thüringen und Niedersachsen, als auch durch Initiativen des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz und der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag.

Der § 103 StGB kam in seiner Historie kaum zur Anwendung, war in der Bevölkerung kaum bekannt und führte daher seit jeher ein Schattendasein.

1. **Wie steht die Landesregierung zu einer Abschaffung des gesamten dritten Abschnitts des besonderen Teils des Strafgesetzbuches?**
2. **Ist nach Meinung der Landesregierung die Schaffung einer Alternative für § 103 StGB vor dem Hintergrund, dass es unter Umständen durch Veröffentlichungen zu diplomatischen Verwerfungen mit befreundeten Staaten kommen könnte, notwendig?**
3. **Wie oft wurde der § 103 StGB in Niedersachsen angewendet?**

65. Verdient Niedersachsen Geld mit seinen Schulden?

Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt und Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Aufgrund der derzeitigen Negativzinsen hat der Bund durch Aufschläge auf die von ihm ausgegebenen Wertpapiere in den Monaten März, Mai und Juni rund 1,5 Milliarden Euro erwirtschaftet.

1. **Wie ist das durchschnittliche Zinsniveau der Niedersachsen-Anleihen?**
2. **Ist es auch in Niedersachsen schon vorgekommen, dass durch Aufschläge ein positiver Saldo erwirtschaftet wurde?**
3. **Wann war die letzte Schuldaufnahme des Landes, und wie hoch war der entsprechende Zinssatz?**

66. Wie hat sich die Anzahl der im sozialen Wohnungsbau des Landes geförderten bezahlbaren Mietwohnungen seit dem 1. Januar 2016 entwickelt?

Abgeordnete Dr. Max Matthiesen, Annette Schwarz, Burkhard Jasper, Petra Joumaah, Volker Meyer und Gudrun Pieper (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Auf die Kleine Anfrage zur mündliche Beantwortung des Abgeordneten Dr. Max Matthiesen nach der Entwicklung der Anzahl der im sozialen Wohnungsbau des Landes geförderten bezahlbaren Mietwohnungen hat die Landesregierung am 22. Januar 2016 geantwortet, dass die Anzahl der geförderten, ausgewählten und in der Vorhabenerfassung befindlichen bezahlbaren Mietwohnungen für kleine und mittlere Einkommen in den Wohnraumförderprogrammen 2014/2015 einschließlich der 400-Millionen-Euro-Aufstockung (Kreditprogramm der NBank) 978 Wohnungen betrage.

Nach vorsichtigen Schätzungen der Wohnungswirtschaft aus der Zeit noch vor dem großen Zustrom an Flüchtlingen sei aber in 2015/2016 und den Folgejahren ohne Berücksichtigung des Bedarfs für die Unterbringung von Flüchtlingen bereits ein Neubaubedarf von mindestens 5 000 be-

zahlbaren Mietwohnungen pro Jahr im sozialen Wohnungsbau des Landes Niedersachsen erforderlich. Dieser Bedarf ließe sich auch u. a. mit den zusätzlich zur Verfügung gestellten Bundesmitteln befriedigen.

1. **Wie hoch ist jeweils die Anzahl der geförderten, ausgewählten und in der Vorhabenerfassung befindlichen bezahlbaren Mietwohnungen (Neubau, Um- und Ausbau, Ersatzneubau) für kleine und mittlere Einkommen im Wohnraumförderprogramm des Landes einschließlich des 400-Millionen-Euro-Programms der NBank seit dem 1. Januar 2016 insgesamt?**
2. **Wie hoch schätzt die Landesregierung den jährlichen Neubaubedarf im allgemeinen Mietwohnungsneubau einschließlich der Vornutzung für Flüchtlinge ein (Einkommengrenzen nach § 3 Abs. 2 NWoFG und nach § 5 Abs. 2 DVO - NWoFG)?**
3. **Sieht die Landesregierung in den zu Frage 1. und 2. mitgeteilten Zahlen eine Förderlücke, und, falls ja, gedenkt sie diese mit Blick auf die in den kommenden Jahren für den Wohnungsbau zusätzlich zur Verfügung gestellten Bundesmittel mit einer Zuschussförderung zu schließen?**